UNIVERSITY OF TORONTO
3 1761 00460648 9

HQ
1236
Z5
1912

Dieses Buch darf nur 1. Monat zum lesen behalten werden, muß dann wieder an die Verwaltung der Bibliothek der Zahlstelle „Wiesau" abgegeben werden.

Das Buch muß sauber gehalten werden, wer das Buch nicht sauber hält haftet mit den vollen Geldwert des Buches.

An eine zweite Person darf der Leser das Buch nicht weiter geben.

Die Bibliothek Verwaltung.

Die Frauen und der politische Kampf

Von Louise Zietz

Herausgegeben vom Parteivorstand
der sozialdemokratischen Partei

Zweite verbesserte Auflage

Berlin 1912
Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H.
(Hans Weber - Berlin.)

IV 3007

HQ
1236
Z5
1912

Inhaltsverzeichnis.

Seite

1. Die Wandlung in den Anſchauungen der Frau . . . 5
2. Umfang und Haupturſachen der Frauenerwerbsarbeit . 7
3. Frauenintereſſen und Politik 9
   a) Das Koalitionsrecht und der Arbeiterinnenſchutz 9
   b) Die Arbeiterverſicherung 11
   c) Die Zoll- und Steuerpolitik 17
   d) Die Liebesgaben 20
   e) Der Militarismus und Marinismus 22
4. Das Frauenwahlrecht 26
5. Die politiſchen Parteien und die Frauen 27
6. Die Pflichten der Frau im politiſchen Kampf 36

Die Wandlung in den Anſchauungen der Frau.

Reaktionäre und Philiſter haben lange Zeit den Frauen jede Anteilnahme am politiſchen Leben zu wehren geſucht. Warnungstafeln mit der weithin leuchtenden Aufſchrift: „Die Frau gehört ins Haus!“, „Das Haus iſt die Welt der Frau!“ waren beſtimmt, „Vorwitzige“ abzuſchrecken. Vereinsgeſetzliche Beſtimmungen mannigfacher Art bildeten das Gitter, das den Zuſtrom der Frauen zur politiſchen Betätigung vollends hindern ſollte.

Aber größer und größer ward der Zug der Frauen, die, der Gitter und Warnungstafeln nicht achtend, ſich Zutritt erzwangen zu dem verbotenen Terrain. Bei ihrem machtvollen Anſturm zerbrachen die verroſteten Gitter wie morſches Holz.

Offen und frei war damit der Weg in das Land der Politik. Die Warnungstafeln, die inzwiſchen mehr und mehr verwittert, deren Inſchrift faſt unleſerlich geworden, ſie ſchreckten nicht mehr. Ein leiſes ironiſches Lächeln kräuſelt die Lippen der vorüberziehenden Frauen, manchmal ertönt auch ein derbes Spottwort aus ihren Reihen, wenn ihr Blick auf dieſe Ueberbleibſel einer vergangenen Zeit fällt.

Und was war das Zaubermittel, wodurch die Anſchauungen der Frauen ſo gründlich gewandelt wurden? Was gab ihnen die Kraft und den Mut, ſich Zutritt zu dem politiſchen Kampfesfeld zu erringen? Was verleiht ſo vielen von ihnen die Sicherheit, mit der ſie — die politiſch Waffenloſen — ſich auf dieſem Gebiete wie auf altem heimiſchen Boden bewegen? Woher nehmen ſie die Energie und Begeiſterung, den Kampf um di Eroberung politiſcher Waffen, um das Wahlrecht zu führen? Die Revolutionierung der Frauenarbeit, als Folge der grandioſen wirtſchaftstechniſchen Entwickelung, die den Kapitalismus zum Siege führte, vollbrachte dieſe Wandlung.

Die maſchinelle Großinduſtrie zertrümmerte die hauswirtſchaftliche Eigenproduktion und raubte der Frau die Arbeit des „Familienhandwerkers“, die ihr ein Entfalten und Betätigen ihrer Körper- und Geiſteskräfte ermöglicht, die ihr Lebensinhalt geweſen und ihr die Sicherheit der Exiſtenz gewährleiſtet hatte.

Die mannigfachen inneren und äußeren Lebensnöte, die durch dieſe Wandlung der Dinge für weite Frauenkreiſe erzeugt waren, trieben ſie in die Erwerbsarbeit, in den Dienſt des Kapitals. Eine weitgehende Arbeitsteilung und die Anwendung von Werkzeug- und Kraftmaſchinen im modernen Produktionsprozeß hatten die techniſche Vorbedingung für eine ausgedehnte Verwendung weiblicher Arbeitskräfte geſchaffen. Und die unerſättliche Profitgier des Kapitals nutzte gründlich dieſe Möglichkeit. Private und ſtaatliche Arbeitgeber beſchäftigen mit Vorliebe die

billigen weiblichen Arbeitskräfte. Es gibt heute kein wichtiges Gebiet der Hand- und Kopfarbeit, das nicht zu einem Betätigungsfeld weiblicher Fähigkeit und Kraft geworden wäre.

Neben und mit der kapitalistischen Produktionsweise entwickelte sich das Verkehrswesen in fabelhafter Weise: Nicht nur zu Wasser und zu Lande, sondern auch unter der Erde und durch die Lüfte bahnt der Verkehr sich seine Wege. Ein riesenhafter Austausch von Produkten und Produktionsmitteln bringt die Menschen der ganzen zivilisierten Welt in Beziehungen zueinander und macht sie mehr oder minder gegenseitig abhängig. Entdeckungen der Wissenschaft, Erfindungen auf dem Gebiete der Technik, Handelskrisen, Kriege auf dem einen Weltteil beeinflussen die vitalsten Lebensinteressen ganzer Völker an einem anderen Ende der Welt. Damit ist die sich selbst genügende Wirtschaftseinheit der mittelalterlichen Großfamilie zur modernen Weltwirtschaft geworden. Diese aber baut sich auf dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß auf, der die Leistungen Millionen Arbeitender zusammenfaßt. Und mitten in diesem brausenden und flutenden Strom des gesellschaftlichen Lebens ist die Frau durch die Erwerbsarbeit auf sich selbst gestellt.

Das alte kleinbürgerliche und kleinbäuerliche Familienidyll des Hauses als Welt der Frau ist damit zertrümmert. Die Welt ist das Haus der Frau geworden! Andere Aufgaben wie ehedem gibt es zu erfüllen; die anders geartete Arbeit und die andere Umgebung mit ihren mannigfachen Einflüssen weiten ihren Gesichtskreis, heben ihren Intellekt. Sie entdeckt sich gleichsam selbst als Persönlichkeit, ausgerüstet mit den verschiedensten Kräften und Talenten. Ganz besonders ist es die Lockerung oder das vollständige Abstreifen der wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Familie, vom Manne — die Selbständigkeit, welche die Frau erlangte durch das selbsterarbeitete Einkommen —, wodurch ihr Persönlichkeitsbewußtsein geweckt und gehoben wird. Sie erkennt alsbald nicht nur den Wert ihrer Tätigkeit für sich und für die Familie, zu deren Erhaltung sie Wesentliches beiträgt, sondern sie lernt auch die Bedeutung ihrer Arbeitsleistung für die Gesellschaft abschätzen. Je mehr die Zahl der erwerbenden Frauen wächst, desto mehr werden sie inne, daß sie nicht nur dem gesellschaftlichen Arbeitsprozeß eingereiht, sondern daß sie in ihrer Gesamtheit für ihn unentbehrlich geworden sind.

Diese Erkenntnis löst alsbald eine andere aus, nämlich die, daß ihre Arbeit im Produktionsprozeß, dazu ihr mütterliches und häusliches Walten, das unter den gewandelten wirtschaftlichen Verhältnissen gleichfalls eine andere Bewertung erhält, den Frauen Anspruch auf politische Rechte und politische Betätigungsmöglichkeit gibt. Wo die Frau als Gleichverpflichtete neben dem Manne steht, hat sie einen Anspruch darauf, die Gleichberechtigte und damit die Gleichgerüstete zu sein. Um so mehr, da ihre Daseinsbedingungen in hohem Maße abhängig sind von der Gestaltung sozialer Einrichtungen und politischer Maßnahmen. Einfluß zu gewinnen auf Gesetzgebung und Verwaltung wird damit zu einer Lebensfrage für die Frau.

Umfang und Haupturſachen der Frauenerwerbsarbeit.

In welchem Maße die ſkizzierte Wandlung in der Arbeit und der Stellung der Frau bereits vollzogen iſt, das künden uns die Ergebniſſe der Berufs- und Gewerbezählung.

Bei der erſten Zählung in Deutſchland, im Jahre 1882, wurden 5 541 517 weibliche Erwerbstätige gemuſtert, im Jahre 1895 war ihre Zahl geſtiegen auf 6 578 550 und im Jahre 1907 ſogar auf 9 492 881. In den inzwiſchen verfloſſenen 5 Jahren ſind weitere Zunahmen erfolgt. Während es 1895 für die gewerblich Tätigen erſt 17 Berufe mit überwiegend weiblichen Perſonen gab, zählte man 1907 bereits 28. Darunter 20 Berufe mit mehr denn 20 000 erwerbenden Frauen. In zwei Berufsgruppen ſind je über 500 000, in zwei weiteren über 100 000 und in zwei je 70 000 Frauen tätig. Von den weiblichen Erwerberinnen ſind 84,12 Proz. Arbeiterinnen und nur 15,88 Proz. Selbſtändige, wohingegen unter den männlichen Erwerbstätigen nur 67,21 Arbeiter gezählt wurden. Die ſoziale Scheidung zwiſchen Selbſtändigen und wirtſchaftlich Abhängigen und damit kapitaliſtiſch Ausgebeuteten, iſt alſo bei den Frauen eine weit ſchärfere als bei den Männern.

Die Zahl der im Hauptberuf tätigen Frauen betrug 1907: 26,4 Proz. aller weiblichen Perſonen, gegenüber 18,5 Proz. im Jahre 1882. Die Zunahme der weiblichen Erwerbsarbeit zeigt ſich auf allen Gebieten, außer bei den weiblichen Dienſtboten. Die Abnahme der weiblichen Dienſtboten iſt ſicher auch ein Zeichen des erwachten Perſönlichkeitsbewußtſeins der Frau und ihrer Sehnſucht nach Freiheit und Selbſtändigkeit. — Während die ländliche Bevölkerung von 18,5 auf 17,7 Millionen zurückging, ſtieg die Zahl der weiblichen Erwerberinnen auf dem Lande von 2 979 105 im Jahre 1895, auf 4 598 986 im Jahre 1907; alſo auch hier eine gründliche Wandlung der Dinge, eine Wandlung im Automobiltempo. 2 103 924 weibliche Erwerbende beſchäftigte 1907 die Induſtrie, 931 373 der Handel und Verkehr, 1 249 383 (1895: 1 303 957) waren als Dienſtboten und 28 833 in höheren Berufen tätig. Faſt 4 Millionen (3 709 359) von den im Hauptberuf tätigen Frauen waren verheiratet oder verheiratet geweſen. Die Zahl der verheirateten Arbeiterinnen iſt abſolut und relativ ſtärker geſtiegen als die der ledigen, der verwitweten und geſchiedenen. Die Zahl der ledigen Arbeiterinnen iſt von 1895—1907 um 1 360 217 geſtiegen, aber trotzdem bilden ſie nur 50,22 Proz. aller weiblichen Arbeiter, während ſie 1895 57,68 Prozent ausmachten. 451 590 verwitwete und geſchiedene Arbeiterinnen wurden 1907 mehr gezählt als 1895, aber ihr Anteil an der Geſamtzahl der weiblichen Arbeiter ſank gleichfalls von 24,98 Proz. auf 20,38 Proz. Dagegen zeigt die Zahl der verheirateten Arbeiterinnen eine Vermehrung um 1 843 456 in dem gleichen Zeitraum, das iſt eine Steigerung von 17,34 auf 29,40 Proz. aller weiblichen Arbeiter.

Es iſt alſo nicht nur das junge Mädchen, deſſen Arbeitskraft im Haushalt allenfalls entbehrlich iſt, das von der Erwerbsarbeit in erſter Linie erfaßt wird, ſondern die Not des Lebens treibt in immer größerer Anzahl gerade die Ehefrauen ebenfalls zum Miterwerben. Durch dieſe Tatſache wird eine alte Illuſion gründlich zerſtört, die in der Erwerbs-

arbeit der jungen Mädchen eine „vorübergehende Erscheinung", ein Durchgangsstadium zur Ehe sah.

Die Erfahrung lehrt vielmehr, daß in Familien mit reichem „Kindersegen", in denen also die häusliche und mütterliche Tätigkeit am wenigsten entbehrt werden kann, die Erwerbsarbeit der Ehefrau den unbedingt notwendigen Zuschuß zum Lebensunterhalt liefert. Diese Tatsache wird auch erhärtet durch das Ergebnis der Statistik, die zeigt, daß der Prozentsatz der weiblichen Arbeiter sinkt in der Altersgruppe von 25—30 Jahren, dagegen in der Gruppe von über 30—40 Jahren wieder erheblich steigt. Diese Zahlen reden eine sehr deutliche Sprache. Sie beweisen, daß die Frauen so lange wie möglich sich dagegen wehren, zur Erwerbsarbeit zu greifen, wenn sie Mutter- und Hausfrauenpflichten haben, daß aber die Not bei vermehrter Kinderzahl sie schließlich dennoch hinaustreibt. Doch auch in vielen anderen Fällen ist ihr Verdienst als Zuschuß zum Lebensunterhalt der Familie unerläßlich.

Die Not des Lebens, die innerhalb der Arbeiterklasse zur treibenden Kraft für die Vermehrung der Frauenarbeit wird, ist eben eine sehr mannigfaltige: Niederes Einkommen des Mannes oder des Vaters, hohe Lebensmittelpreise als Folge der Zoll- und Steuerpolitik, hohe Wohnungsmieten als Folge des Grund- und Bodenwuchers, Krankheit oder Invalidität des Familienoberhauptes, Zeiten der Arbeits- und Verdienstlosigkeit für den Mann, kurzum, alle niederdrückenden Tendenzen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung treiben Frauen und Mädchen der Arbeiterkreise in die Erwerbsarbeit und halten sie darin fest.

Neben den niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus ist es der kulturelle Aufstieg des Proletariats und die dadurch fühlbarer werdenden inneren Lebensnöte der arbeitenden Schichten, die in der gleichen Richtung wirken: die Sehnsucht nach Bildung, nach einem reicheren geistigen Besitz, das steigende Schönheits- und Kunstbedürfnis in proletarischen Kreisen, der lebhafte Wunsch, den Kindern eine bessere Bildungsmöglichkeit zu erschließen, die wachsende Freude an der Natur, das brennende Verlangen nach etwas mehr Lebensfreude, nach einem reicheren Lebensinhalt, kurzum, das Verlangen des Proletariats nach einer größeren Anteilnahme an der materiellen und geistigen Kultur unserer Zeit, trägt gleichfalls zur Vermehrung der weiblichen Erwerbstätigen bei. Der Verdienst der weiblichen Angehörigen gestattet es der Proletarierfamilie in den meisten Fällen erst, in bescheidenem Maße diese Bedürfnisse zu befriedigen. Was von den Angehörigen der herrschenden Klassen als verdammenswerte Begehrlichkeit der Massen verunglimpft wird, die sonnensehnsüchtigen Proletarier sehen darin Zeichen erwachter Menschenwürde, fortschreitender Kultur und Tausende ihrer Frauen und Töchter nehmen deshalb die Last der Erwerbsarbeit auf ihre Schultern, um, trotz kapitalistischer Ausbeutung, die kulturelle Weiterentwicklung der ihrigen ein weniges zu fördern.

Auch in den Kreisen des Klein- und Mittelbürgertums und der Intellektuellen hat die, von uns knapp skizzierte wirtschaftliche Entwickelung, die Notwendigkeit der Frauenerwerbsarbeit gezeitigt. Das Niederkonkurrieren des Handwerks durch die Großindustrie, der fortgesetzte Kampf der weniger kapitalkräftigen Gewerbe- und Handeltreibenden gegen die Kapitalgewaltigen, der vorhandene Ueberschuß an Proletariern der Kopfarbeit machen in all diesen Kreisen die Unsicherheit der Existenz zu einer dauernden Erscheinung. Dabei sind in den Kreisen des Bürgertums die Ansprüche an das Leben stark gesteigert, die Kosten der gesellschaftlichen Verpflichtungen und der Repräsentation enorme, alles stark

ehehemmende Erscheinungen. Zahlreiche bürgerliche Frauen finden gar keine Ehemöglichkeit oder nur dann, wenn sie Vermögen besitzen oder selbsterarbeitetes Einkommen. Hinzu kommt, daß das Hinauswandern einer menschlichen Tätigkeit nach der anderen aus dem Bereich der Familie in die große soziale Gemeinschaft, auch diesen Frauen den Lebensinhalt nahm, den ihnen früher die Familie bot. Lebensinhalt und Lebensunterhalt suchend, begehren sie Zutritt zu den liberalen Berufen. Aber hier gab und gibt es erst einen harten Kampf um Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten, die das Privileg der bürgerlichen Männerwelt sind.

Für proletarische und bürgerliche Frauen erstehen aus der Erwerbsarbeit eine Menge Fragen, deren Lösung die Frauen auf das politische Gebiet verweisen. Für die proletarische Frau wird der politische Kampf zur sozialen Lebensnotwendigkeit.

Frauenintereſſen in der Politik.

a) Das Koalitionsrecht und der Arbeiterinnenſchutz.

Der Kapitalismus, der die Frau in seinen Bannkreis zog, trat als befreiende und knechtende Macht zugleich in ihr Leben: Die Erwerbsarbeit lockerte oder beseitigte die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Familie, vom Manne, setzte an deren Stelle aber die Abhängigkeit vom Kapital. Mann und Weib sind nun beide der Ausbeutung durch das Kapital preisgegeben. Das gemeinsame Schicksal treibt zu gemeinsamer Gegenwehr, die in der modernen Arbeiterbewegung ihren Ausdruck findet. Die sprichwörtlich gewordenen Hungerlöhne der Arbeiterin machen diesen gemeinsamen Kampf für den weiblichen Arbeiter mindestens zu der gleichen zwingenden Notwendigkeit wie für den männlichen. Denn Hungerlöhne verurteilen zur Unterernährung, zum Hausen in ungesunden, engen Wohnungen und verursachen damit eine stark gesteigerte Krankheitsgefahr. Hinter den Hungerlöhnen erheben Prostitution und Verbrechen grinsend ihr Haupt. Hungerlöhne wirken hemmend auf den technischen Fortschritt, drücken den Lohn der Männer und erschweren den wirtschaftlichen und geistigen Aufstieg der ganzen Arbeiterklasse.

Zum Kampf gegen sie bedarf die Arbeiterin eines gesicherten Koalitionsrechtes. Weiten Schichten des Proletariats fehlt heute noch dieses Recht: die Dienstboten unterstehen den Gesindeordnungen, die mit Geld oder Haft bedrohen, wer ohne Innehaltung der Kündigungsfrist den Dienst verläßt; die im alten Preußen sogar dem Gendarm das Recht einräumen, zwangsweise die nicht „ordnungsgemäß" entlassenen Dienstboten zur Arbeit zurückzutreiben.

Die preußischen Landarbeiter und -Arbeiterinnen unterstehen dem alten Ausnahmegesetz von 1854, wonach Personen mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden können, die gemeinsam höheren Lohn fordern oder die Arbeit niederlegen. — Doch auch die Industriearbeiterinnen besitzen keineswegs ein gesichertes Koalitionsrecht. Vereinigungen, gemeinsamer Streik, Streikpostenstehen sind alles Dinge, die zwar nicht verboten sind, aber auf Grund von Polizeiverordnungen kann die Straßenpolizei Streikposten fortweisen und bei ihrer Wiederkehr sie mit Strafmandaten belegen, sie verhaften, also — das Streikposten-

haben unmöglich machen. Und seitdem die „nützlichen" Elemente der Streikbrecher in der Hintzeschen Streikbrechergarde sich eine Art Organisation gegeben haben, deren gemeingefährliches Treiben sich in Moabit, Rastatt, Lübeck, Bremen, Köln und anderswo gezeigt, hört das Schreien der Scharfmacher nach einem gesetzlichen Verbot des Streikpostenstehens und nach einem weitgehenden „Schutz der Streikbrecher", etwa in Gestalt der Zuchthausvorlage nicht mehr auf. Diese Tatsachen zeigen der Arbeiterin und der Arbeiterfrau klärlich die Notwendigkeit einer politischen Betätigung der Frau, um ihre und die Interessen ihrer Kreise gesetzgeberisch wahrnehmen zu können. Die gleiche Notwendigkeit ergibt sich bei der Betrachtung des Arbeiterinnenschutzes.

Die Erwerbsarbeit befreite die Frau nicht von der Hausarbeit. Der Fabrikglocke eherner Mund kündet ihr deshalb mit dem Arbeitsschluß keineswegs den Feierabend, sondern nur eine Abwechselung in der Arbeit. Nach dem Ergebnis der Berufs- und Gewerbezählung von 1907 gab es sogar 131 988 Frauen, die neben dem Hauptgewerbe noch einen Nebenerwerb ausüben, die im Hauptberuf Industriearbeiterin, im Nebenberuf Landarbeiterin, Hausfrau und — Mutter sind. Aber selbst wo das nicht der Fall, wo aber zur Erwerbsarbeit die häuslichen und mütterlichen Pflichten kommen, ist das ein Vielzuviel an Arbeit, das nach allen Richtungen schädigend wirkt.

Das Zuviel an Arbeit knickt den Frühling der Arbeiterin, es beugt ihren Rücken und verlöscht den Glanz ihrer Augen, frühzeitig gräbt es die Runzeln des Alters und der Sorge in ihr Antlitz, es gefährdet und zerstört ihre Gesundheit und fortwirkend die des Kindes, das sie gebiert. Die Ueberbürdung erstickt das eigene Innenleben, hemmt die geistige Weiterentwickelung und läßt den Gedanken an Kampf und Widerstand gar nicht aufkommen, sondern macht die Frau zur müden Arbeitssklavin.

Die Ueberbürdung zerstört auch vollends das Familienleben der Arbeiterin, von dem ohnehin nur ein winziger Rest übrig geblieben, seitdem Mann, Weib und — die Kinder der Arbeiterfamilie dem Kapital fronen. Diese traurigen Tatsachen künden mit Donnerstimme die Notwendigkeit, der kapitalistischen Ausbeutung, die weder Rücksicht auf das Menschen- noch auf das Weibtum der Arbeiterin und auf die kommende Generation nimmt, durch den gesetzlichen Achtstundentag eine feste unverrückbare Schranke zu setzen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden wird der Arbeiterin die Gegenwart erhellen und ihr Kraft, Energie und den Willen zur Betätigung in der Arbeiterbewegung geben. Die gesetzliche Freigabe des Sonnabendnachmittag ist notwendig, damit der Proletarierin die volle Sonntagsruhe garantiert wird. Eine Befreiung der Schwangeren von der Erwerbsarbeit 8 Wochen vor der Entbindung, ein Verbot der Arbeit für Wöchnerinnen 8 Wochen nach erfolgter Entbindung, ein durchgreifender Schutz gegen die Einwirkung gewerblicher Gifte auf den Organismus der Frau, Verbot gesundheitsschädlicher Arbeitsmethoden, ein größerer Schutz gegen Unfallgefahren, eine Verkürzung der Arbeitszeit der Jugendlichen auf 6 Stunden und ein gänzliches Verbot der Kindererwerbsarbeit, wo immer dieselbe geleistet wird, sind weitere wichtige Forderungen an die Gesetzgebung zum Schutze für Leben und Gesundheit der Arbeiterin.

Um den geltenden Arbeiterinnen- und Kinderschutz wirksam zu machen, ist ein Ausbau der Gewerbeinspektion dringend notwendig. Es muß eine weit größere Zahl von Beamten angestellt

und deren Machtbefugnisse erweitert werden. Die weiblichen Aufsichtsbeamten müßten stark vermehrt, Inspektoren aus den Reihen der Arbeiter und Arbeiterinnen angestellt und Aerzte beider Geschlechter dem Fabrikinspektorat beigesellt werden. Was heute an Arbeiterinnenschutz besteht, ist bitter wenig: der Zehnstundentag für Jugendliche und Arbeiterinnen, die Regelung der Pausen, Verbot der Nachtarbeit, ein achtwöchentliches Arbeitsverbot für Wöchnerinnen, der Sechsstundentag für Kinder unter 14 Jahren, die zum Besuch der Volksschule nicht mehr verpflichtet sind und das Kinderschutzgesetz für Kinder in gewerblichen Betrieben, ist das wesentlichste, was wir heute an Arbeiterinnenschutz besitzen. Dazu kommen die Bestimmungen über Ventilation, Wasch- und Ankleideräume, Toiletten, Speiseräume, also über sanitäre Einrichtungen der Betriebe, einige bundesrätliche Erlasse, die für bestimmte Betriebe (Zuckerfabriken, Ziegeleien, chemische und Gummifabriken usw.) weitergehende Bestimmungen enthalten, denen jedoch für andere Betriebe (Molkereien, Konservenfabriken u. a. m.) Erlasse mit einschränkenden Bestimmungen des gesetzlichen Schutzes gegenüberstehen. Das Recht der Unternehmer, für eine Reihe von Fällen sich Ueberstunden bewilligen zu lassen, von dem der weitgehendste Gebrauch gemacht wird, durchlöchert zudem den Zehnstundentag und durchbricht das Verbot der Nachtarbeit. Ganz zu schweigen von dem Uebertreten des gesetzlichen Schutzes, wozu die mangelhafte Aufsicht durch die überlasteten Gewerbeaufsichtsbeamten geradezu anreizt. Und das schlimmste bei der Sache ist der Umstand, daß diese gesetzlichen Schutzbestimmungen nur für Jugendliche und Arbeiterinnen gelten, die in Betrieben mit mindestens 10 Arbeitern beschäftigt sind. Alle übrigen Arbeiterinnen und Jugendliche in Kleinbetrieben, in häuslichen Diensten, in der Heimindustrie und in der Landwirtschaft sind der schrankenlosen Ausbeutung preisgegeben. Arbeitszeiten von 13, 16 und 17 Stunden sind die Regel. Die Kinder in der Landwirtschaft und bei häuslichen Diensten sind völlig ungeschützt. Als Hütekinder, beim Rübenverziehen, bei der Kartoffel- und der Kornernte glühendem Sonnenbrand und eisigen Regenschauern preisgegeben, helfen sie fremden Reichtum bergen, wobei ihr einziger, köstlicher Besitz, ihre Gesundheit, verloren geht, ihre Arbeitskraft zermürbt wird, bevor sie sich recht entfalten konnte, wobei sie intellektuell veröden und nur zu oft auch an der Seele Schaden nehmen.

Völlig ungenügend sind auch die Schutzbestimmungen für die weiblichen Handlungsgehilfen. Die wichtigsten sind die Bestimmungen, die den Ladenschluß festsetzen, die die Sonntagsruhe regeln und die Sitzgelegenheit für Verkäuferinnen vorschreiben.

Fraueninteressen sind es in erster Linie, die hier Wandel heischen.

b) Die Arbeiterversicherung.

Die Leistungen der Arbeiterklasse im modernen Produktionsprozeß, die Bestand und kulturelle Weiterentwickelung der Gesellschaft sichern, die den fabelhaften gesellschaftlichen Reichtum erzeugten und täglich mehren, geben den Arbeitenden einen vollgültigen Rechtsanspruch auf umfassende soziale Fürsorge. Dieser Anspruch wird um so zwingender, weil die geltende Eigentumsordnung und die kapitalistische Produktionsweise das Proletariat fortgesetzt vermehren, es in der Lohnsklaverei festhalten und für seine Angehörigen Notlagen schaffen und verschärfen, die zu beheben die Kräfte des einzelnen übersteigen; die vielmehr zu

einem Versinken in Not und Elend führen, wenn nicht die große soziale Gemeinschaft eingreift.

Trotzdem war es keineswegs menschliche Solidarität, die Regierung und herrschende Klassen trieb, der Schaffung einer sozialen Versicherung der Arbeiter und Arbeiterinnen zuzustimmen, sondern der ausgeprägteste Klassenegoismus und Klassenhaß. Die Versicherung sollte der Korrumpierung der Arbeiterschaft dienen, sie von der Sozialdemokratie, ihrer politischen Klassenvertretung, abwendig machen, nachdem durch das fluchwürdige Sozialistengesetz ein infamer, vernichtender Schlag gegen ihre Organisationen geführt worden war. Aber die filzige deutsche Bourgeoisie hatte keineswegs die Absicht, nennenswerte Mittel für die Durchführung dieses „feinen" Planes aufzuwenden, vielmehr bot die Schaffung der Versicherungsgesetze ihnen und dem „christlichen" Adel eine günstige Gelegenheit, die stark angeschwollenen Armenlasten von ihren eigenen Schultern auf die der Arbeiter abzuwälzen. In Gestalt der Beiträge müssen die Arbeiter von ihrem kargen Lohn den Hauptanteil zu den Kosten der Krankenversicherung tragen, die Hälfte zur Alters- und Invalidenversicherung und der geringe Zuschuß, den das Reich leistet, ward noch zum Vorwand für eine gründliche indirekte Steuerschröpfung der Massen benutzt. Die Leistungen der Arbeiterversicherung wurden dagegen auf das Niveau der Armenfürsorge gestellt und dazu weite Schichten der Arbeiterklasse von den einzelnen Versicherungszweigen ausgeschlossen.

Wahrlich politische und materielle Gründe genug für die Sozialdemokratie, deren Reformanträge noch obendrein sämtlich niedergestimmt waren, gegen diese Art Gesetzmacherei zu stimmen. Inzwischen sind bei dem fortgesetzten Herumdoktern an der Sozialversicherung eine Reihe der alten sozialdemokratischen Anträge Gesetz geworden, und in der Reichsversicherungsordnung sollte endlich ein großer einheitlicher Bau geschaffen und als Krönung des „großen sozialen Werkes" die Witwen- und Waisenversicherung eingefügt werden. Leider hat die Reichsversicherungsordnung die Arbeiter schwer enttäuscht. Sie hat nicht nur die berechtigten Forderungen der Versicherten zum guten Teil unerfüllt gelassen, sondern zu den wenigen Verbesserungen ganz böse Verschlimmerungen gefügt. Es fehlt die Einheitlichkeit und der große soziale Zug. Das Gesetz ist vielmehr vollständig durchsetzt mit reaktionären, arbeiterfeindlichen Bestimmungen. Fast am schlimmsten sind die Interessen der Frauen mit Füßen getreten.

Da ist zunächst die **Krankenversicherung:** Ihr Geltungsbereich ist zwar ausgedehnt auf Landarbeiter, Dienstboten, Hausgewerbetreibende, Heimarbeiter und einige andere Gruppen, aber — alle diese Schichten sind den neuzugründenden Landkrankenkassen zugewiesen, in denen den Versicherten jedes Selbstverwaltungsrecht fehlt. Denn Vorstand, anzustellende Beamte und selbst die Vertreter der Versicherten sind nicht von diesen zu wählen, sondern von den Behörden zu ernennen. Just was den in Frage kommenden Arbeiterschichten für ihren geistigen Aufstieg, für die Entfaltung ihres Selbstbewußtseins so bitter not tut, die Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten, die soziale Betätigung, wird ihnen auch ferner verschlossen, und ihnen gleichzeitig schwerer materieller Schaden zugefügt, weil der Einfluß auf die durch das Statut festzulegenden Mehrleistungen der Kasse fehlt. Ja mehr als das: Es kann sogar festgesetzt werden, daß für die Wintermonate Krankengeld und Wöchnerinnenunterstützung auf ein Viertel des ortsüblichen Tagelohnes erniedrigt wird. Der Zentrumsabgeordnete Irl und der Konservative Hufnagel hatten sogar beantragt,

daß überhaupt keine obligatorische Wöchnerinnenunterstützung durch die Landkrankenkassen gezahlt werden dürfe. Beschlossen wurde von der volksfeindlichen Mehrheit, daß vier Wochen — nicht wie in den anderen Kassen 8 Wochen — obligatorisch die Wöchnerinnenunterstützung zu geben sei. Dabei sterben jährlich in Deutschland 10 000 Frauen im Wochenbett, davon 7000 an Kindbettfieber. 50 000 erkranken schwer an den Folgen der Mutterschaft, fast 400 000 Säuglinge fallen jährlich dem Würgengel zum Opfer, und die Kindersterblichkeit auf dem Lande nimmt rapide zu. Eine weitreichende Fürsorge für Mütter und Säuglinge wäre deshalb für diese und im Interesse der Gesamtheit dringend notwendig. Sie ist jedoch trotz wärmster Befürwortung durch die sozialdemokratischen Abgeordneten von der arbeiterfeindlichen Reichstagsmehrheit abgelehnt. Als Sachwalterin kapitalistischer Interessen stärkte die Regierung der reaktionären Mehrheit noch den Rücken, durch die Erklärung des Staatssekretärs Delbrück, daß sie die ganze Reichsversicherungsordnung scheitern lasse, wenn der von der Sozialdemokratie geforderte Mutter- und Säuglingsschutz beschlossen werde! Die zur Ablehnungsmaschinerie gewordene bürgerliche Mehrheit, die sich nur erhob, um ohne Debatte und ohne nähere Prüfung niederzustimmen, was von sozialdemokratischer Seite beantragt, und was in hohem Maße die Lebensbedingungen der arbeitenden Schichten günstig beeinflußt, sie fühlte sich nach dieser unerhörten Erklärung natürlich geradezu angereizt, ihr skandalöses Verhalten fortzusetzen und durch Verschlechterungsanträge noch zu steigern. Niedergestimmt wurde: Die Krankenversicherung auszudehnen auf alle gegen Lohn und Gehalt Beschäftigten, sowie auf alle Personen, deren Arbeitseinkommen jährlich 5000 Mk. nicht übersteigt, obligatorische Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung zu gewähren für je 8 Wochen in der Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes für Arbeiterinnen, ein Stillgeld zu gewähren für 26 Wochen in der Höhe des Krankengeldes (um den Säuglingen die Mutterbrust zu sichern und damit die enorm hohe Säuglingssterblichkeit herabzumindern). Abgelehnt wurde ferner: das Obligatorium der freien Hebammen- und ärztlichen Hilfeleistung für Schwangere und Wöchnerinnen einzuführen (dabei müssen allein in Preußen 128 822 Frauen jährlich ohne Hebammenhilfe entbinden), und niedergestimmt wurde das Obligatorium der Familienversicherung. Das einzigste, was an obligatorischem Säuglings- und Mutterschutz beschlossen wurde, ist eine Wöchnerinnenunterstützung für acht Wochen — in den Landkrankenkassen 4 Wochen — in der Höhe des Krankengeldes, jedoch nur für die weiblichen *Mitglieder*, die mindestens 6 Monate der Kasse angehören. Von dieser Unterstützung kann der Betrag für zwei Wochen vor der Entbindung, also als Schwangerenunterstützung gegeben werden. Alle weitergehenden Leistungen sind nur fakultative, also abhängig vom sozialen Geist und der Leistungsfähigkeit der Kassen. Etwa beabsichtigten Mehrleistungen der Kassen ist aber ein Riegel vorgeschoben durch die Beibehaltung der Zersplitterung — 23 000 Kassen — und durch die Meuchelung des Selbstverwaltungsrechtes, wodurch gleichzeitig Militäranwärtern und verkrachten bürgerlichen Existenzen der Weg zum Kassenbeamten freigelegt ist. —

Wohl selten ist die Brutalität kapitalistischer Interessenvertretung und das Fehlen jeder Rücksichtnahme auf das lebendige Menschentum der Habenichtse so grell beleuchtet worden, als durch die Behandlung, die die Forderungen des Mutter- und Säuglingsschutzes von Regierung und von bürgerlichen Parteien im Reichstage erfahren haben. —

Millionen deutscher Frauen haben das ganze Martyrium sozial ungünstig gestellter Mütter durchzukosten: Hunderttausende fronen bis zum Tage der Entbindung ums Brot, wenige Tage nach derselben treibt der Hunger sie wieder an die Arbeit; sie entbehren, sie durchwachen lange, qualvolle Nächte am Bette ihrer Lieblinge, um das schwache Lebensflämmchen vor dem Verlöschen zu bewahren. Vergeblich! Sie stehen verzweifelten Herzens an der Totenbahre ihrer Kleinen. Von allem „Mutterglück" bleiben ihnen — Kindergräber! O, möchten sie alle, alle es sich tief in Herz und Hirn eingraben, mit welch kalter Grausamkeit jene, die auf den Höhen des Lebens, in der Sonne wandeln, ihnen den geringen Schutz weigerten, der ihre Mutterschaft um ein Weniges vor der zermalmenden kapitalistischen Ausbeutung hätte bewahren können. Möchte der Zorn ob dieser empörenden Tatsache sie alle hinaustreiben in das Kampfesgetümmel der Politik, — zur Niederringung des Kapitalismus! —

Ein grauses, wenn auch keineswegs vollkommenes Bild der Opfer, die das Schlachtfeld der Arbeit fordert, gibt uns die **Unfallstatistik.** Im Jahre 1909 zählte sie 654 884 Verwundete und 9363 Tote. Von den Verwundeten waren 129 707 Schwerverwundete, von denen ein großer Teil dauernd und vollständige Krüppel bleiben. 6372 Witwen beklagten den Verlust ihres Gatten, 13 288 Kinder den Verlust ihres Vaters. Wieviel zerstörtes Familienglück, wieviel vernichtete Existenzen, welch unsägliche Schmerzen und Qualen künden uns diese Zahlen. Demgegenüber sind die Kosten für die Unternehmer — 6½ Pfennig pro Kopf und Arbeitstag der Versicherten für die gewerblichen Unternehmer, 1 Pfennig für die Grundbesitzer, — Bettelpfennige, die als Teil der Betriebsunkosten kaum in Frage kommen. Unfallverhütungsmaßnahmen im weitesten Maße sind den Arbeitenden wahrlich tausendfach wertvoller, als die geringfügigen Renten, nachdem sie Krüppel geworden. Aber gegen den Erlaß der Schutzvorschriften in der Landwirtschaft, durch das Reichsversicherungsamt, wehren sich die allmächtigen Agrarier und — die bürgerliche Mehrheit stimmte ihnen zu. Dabei verunglückten in der Landwirtschaft 1909: 138 785 Personen. Von diesen wurden 1823 getötet, 433 dauernd und völlig erwerbsunfähig, 24 640 teilweise und dauernd erwerbsunfähig. Von den Schwerverletzten waren 1792 männliche und 589 weibliche Kinder unter 16 Jahren! Welch furchtbare Anklage gegen unsere „göttliche" Weltordnung! Unter den Schwerverletzten waren ferner 18 236 weibliche Personen. Im Jahre 1890 war selbst dem Kaiser die große Zahl unfallverletzter Frauen in der Landwirtschaft aufgefallen. Er forderte eine bessere Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften. 1911 beschließt die bürgerliche Mehrheit, solche Vorschriften darf das Reichsversicherungsamt für die Landwirtschaft nicht erlassen. Das ist der Fortschritt unserer vielgerühmten Sozialreform!

Auch in Zukunft sollen weder die Dienstboten, noch die in handwerksmäßigen Betrieben Beschäftigten, noch die Heimarbeiter der Unfallversicherung unterstellt werden. Gewerbekrankheiten sollen nicht als Unfall entschädigt und am liebsten die kleinen Renten bis zu 25 Proz. — Schnapsrenten nannte sie der Zentrumsabgeordnete Schmedding — ganz beseitigt werden. Bereits 1906 verlangten Schmedding und der Nationalliberale Dr. Schröder, daß verletzten Kindern und solchen Erwachsenen, die 25 Proz. Rente zugesprochen bekommen, keine Rente zu zahlen sei. Und dieser „menschenfreundliche" Wunsch kehrt immer wieder. — Die Unfallrenten werden prozentual nach dem Verlust der

Erwerbsfähigkeit berechnet und betragen bei völliger Erwerbsunfähigkeit 66 Proz. des versicherten Arbeitsverdienstes. Endet der Unfall mit dem Tode, steht der hinterbliebenen Witwe und den Waisen ebenfalls eine Rente zu, die insgesamt jedoch nicht höher sein darf, als 60 Proz. des Arbeitsverdienstes des Verstorbenen.

Die **Invalidenversicherung** berechnet die Rente, die demjenigen zusteht, dessen Gesundheit durch den Kapitalismus vollständig zermürbt ist, in anderer Weise. Zunächst muß der Nachweis der Invalidität erbracht und es muß die Wartezeit erfüllt sein. Als invalide gilt, wer nicht mehr ein Drittel seiner Arbeitsfähigkeit besitzt. Dieser erhält eine Rente, die sich zusammensetzt aus dem Grundbetrag und den Steigerungssätzen, die in den einzelnen Versicherungsklassen verschieden sind, und dem Reichszuschuß, der für alle Klassen je 50 Mk. beträgt. Das gibt Renten von 34½ bis höchstens 120 Pf. täglich, wovon der Invalide mit seiner Familie leben soll. Dabei hat seit 1904, auf Grund des Sparerlasses des Reichsamts des Innern, eine heillose „Rentenquetsche" eingesetzt. Rentenberechtigte wurden abgewiesen, Rentenempfängern die Rente entzogen. In einem Jahre, 1906, hat das Reich 827 250 Mk. an Zuschuß zur Invalidenrente „gespart". Frauen wurden als „noch nicht invalide" abgewiesen, eine, die sich nur mühsam mit Hilfe einer Krücke vorwärtsbewegen konnte, eine andere, die an beiden Beinen gelähmt war u. a. m. Man begründete die Abweisung damit, daß die Frauen stricken könnten oder Kinder warten, womit sie noch ein Drittel ihres früheren Verdienstes zu erwerben vermöchten. — In der Reichsversicherungsordnung hat man weder den Begriff der Invalidität geändert, dahingehend, daß beim Verlust von 50 Proz. Erwerbsfähigkeit die Rente gewährt werde, wie die Sozialdemokraten es beantragten und wie es bei dem Privatbeamten-Versicherungsgesetz vorgesehen ist, noch ist die Rente erhöht oder auch nur die Versicherung ausgedehnt auf alle Krankheitversicherten. Als einzige Verbesserung sind die Kinderrenten hinzugekommen. Doch werden nur wenige davon Nutzen ziehen, da bei eintretender Invalidtät in den meisten Fällen die Kinder erwachsen sind, von 1000 Rentern sind 617 über 55 Jahre alt. Dieser Verbesserung steht die bitterböse Verschlechterung gegenüber, daß das vorbeugende Heilverfahren eingeschränkt ist. Die Aufsichtsbehörde wird in Zukunft entscheiden, ob ein Heilverfahren eingeleitet werden darf. Nach Ansicht der Regierung darf das nur geschehen, wenn dadurch insgesamt nicht mehr als 7 Proz. der Beitragseinnahmen verwendet werden. Diese Bestimmung sollte auch ins Gesetz, aber da sie gar zu skandalös und die helle Empörung selbst der Versicherungsanstalten hervorrief, änderte man sie in der angedeuteten Weise. Das Heilverfahren war bisher das Beste an der Invalidenversicherung. Es hat mancher Invalidität vorgebeugt, viel Elend von den betreffenden Familien ferngehalten. Statt es obligatorisch für die Versicherten und ihre Familien zu machen, schränkt man es ein.

Den Veteranen der Arbeit die Altersrente vom 65. statt vom 70. Jahre zu gewähren, lehnten dieselben Parteien ab, die früher, als die Frage nicht zur Entscheidung stand, ihr arbeiterfreundliches Herz zu zeigen suchten, indem sie Resolutionen mit dieser Forderung einbrachten und dafür stimmten. Heuchlergesellschaft! Noch schlimmer trieb es die arbeiterfeindliche Mehrheit bei der mit soviel Reklame angekündigten **Witwen- und Waisenversicherung. 1902**, als man den Witwen und Waisen das Brot in unverschämter Weise verteuerte, ward sie feierlichst

versprochen. Ein Zentrumsabgeordneter gebärdete sich als der „Herold", der als erster diese soziale Fürsorge für Witwen und Waisen kündete, die aus den Erträgnissen der Agrarzölle geschaffen werden solle. Sein Fraktionskollege Trimborn goß bei der weiteren Debatte über den Zolltarif bereits verschiedene Male Wasser in den Wein „sozialer Fürsorge", er sprach nur noch von „bedürftigen" und schließlich von „invaliden Witwen", die zu berücksichtigen seien. Und so ist es denn auch gekommen. Invalide Witwen sollen „Renten" haben, die sich zusammensetzen aus 50 Mk. Reichszuschuß und $^3/_{10}$ des Grundbetrages und der Steigerungssätze der Invalidenrente, auf die der Verstorbene Anspruch hatte. Für eine Waise sollen $^3/_{20}$ und für jede weitere Waise $^1/_{40}$ des Grundbetrages und der Steigerungssätze und je 25 Mk. Reichszuschuß als Waisenrente berechnet werden. Das sind keine Renten, sondern Bettelpfennige, die weit hinter den Armenunterstützungen zurückbleiben, die eine ganze Anzahl deutscher Städte zahlen. Aber es kam noch schlimmer: Im Einführungsgesetz wurde bestimmt, daß die Steigerungssätze, die auf Grund der bis zum Jahre 1912 geleisteten Beiträge zur Invalidenversicherung zu beanspruchen sind, bei der Witwen- und Waisenrente nicht in Anrechnung kommen sollen, sondern nur der Grundbetrag der ersten Klasse (60 Mk.). Das gilt für alle Hinterbliebenen, ganz gleich, welcher Klasse der Verstorbene angehörte. Demnach wird eine invalide Witwe, deren Mann 1912 verstirbt, 68 Mk. Jahresrente oder zirka 18 Pf. pro Tag erhalten. Für ein Kind 34 Mk. und für jedes weitere Kind ganze 26,50 Mk. pro Jahr oder 9 und 7 Pf. pro Tag.

Das ist die schamloseste Verhöhnung der Hilfsbedürftigsten, der Witwen und Waisen, die zudem noch verstärkt wurde, indem man ihr eine direkte Beraubung zugesellte. Es fällt nämlich jetzt die Beitragsrückerstattung fort, die bisher erfolgte bei: Frauen, die durch Heirat aus der Versicherungspflicht ausscheiden; bei: Verletzten, die mehr als den 7½fachen Grundbetrag der Invalidenrente als Unfallrente beziehen, und beim Ableben Versicherter. 90 bis 190 Mk. konnten bisher die Frauen beim Tode ihres Mannes an Beiträgen zurückerstattet bekommen und der augenblicklichen Not steuern, jetzt erhalten sie nichts! Und Witwenrente gibt es nur, wenn sie selbst invalid sind. Aber die Beiträge zur Versicherung sind um 2—12 Pf. pro Woche erhöht. Das bringt jährlich über 56 Millionen ein. Die zurückbehaltenen Beiträge belaufen sich auf fast 10 Millionen. Die Arbeiterfamilien zahlen und zahlen und bei seinem Tode nimmt der Mann die Gewißheit mit ins Grab: Mein Weib und meine Kinder lasse ich unversorgt, in größter Not zurück. Was das heißt, weiß er nur zu gut: Bis zur vollständigen Erschöpfung sich abrackern, zum Ausbeuter der eigenen Kinder werden und doch dem Hunger nicht wehren können. Diese Bitternis haben Witwen und Waisen bis zur Neige auszukosten. „Herrliche Hinterbliebenenfürsorge!" Die Versicherung auszudehnen auf alle Personen, deren Einkommen 5000 Mk. nicht übersteigt, allen Witwen Renten zu gewähren, die Höhe der Hinterbliebenenbezüge so festzusetzen, daß sie eine wirkliche Fürsorge bedeuten, den Frauen das Wahlrecht zu den sozialen Körperschaften einzuräumen, Forderungen, die von der Sozialdemokratie beantragt, von ihr mit sachlicher Gründlichkeit, mit zäher Energie und leidenschaftlichem Eifer verfochten, fielen sämtlich der Abstimmungs-Guillotine des bürgerlichen Entrechtungsblocks zum Opfer.

Alle hatten sich zusammengefunden, die das „geheiligte" Eigentum und seine Interessen vertreten — die Konservativen, das Zentrum, die Nationalliberalen und die Majorität der Linksliberalen —, alle, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, kaltlächelnd haben sie das Recht des lebendigen Menschen niedergezwungen und ohne Gewissensskrupel ihr feierlich gegebenes Versprechen gebrochen.

c) Die Zoll- und Steuerpolitik.

Daß „die Bourgeoisie die indirekten Steuern zu einem unerhörten System entwickelte", empfinden die Frauen, und zwar die der ärmeren Volksschichten am schmerzlichsten. Sie brechen unter dem ungeheuren Druck dieser Last fast zusammen. Erfreulicherweise wächst aber auch ihre Empörung gegen die ungerechte Verteilung der Steuerlasten, die den ärmsten und kinderreichsten Familien den Löwenanteil aufbürdet. Denn bei der fortgesetzten Vermehrung der indirekten Steuern kann die Form ihrer Erhebung, ihre Höhe und ihr Dasein nicht mehr verschleiern. Jeder Einkauf macht vielmehr in empfindlicher Weise ihre Existenz fühlbar. Davon gibt die nachstehende Uebersicht über die Zölle und indirekten Steuern für die gebräuchlichsten Nahrungsmittel und Gebrauchsartikel ein Bild. An indirekten Steuern bezw. Zoll trägt:

1 kg Roggenbrot	5,8 Pf.	1 kg Kaffee (roh)	60,0 Pf.
1 „ Weizenbrot	6,4 „	1 „ Tee	100,0 „
1 „ Mehl	10,2 „	1 „ Kakao	20,0 „
1 „ Graupen, Gries	12,0 „	1 „ Schokolade	50,0 „
1 „ Fleisch	35,0 „	1 „ Gewürz	50,0 „
1 „ Speck	36,0 „	1 „ Salz	12,0 „
1 „ Schmalz	10,0 „	1 Stück Hering	½—1 „
1 „ Butter	20,0 „	1 Liter Bier	4½ „
1 „ Margarine	20,0 „	1 „ Branntwein	47 „
1 „ Käse	15,0 „	1 „ Petroleum	6 „
1 „ Eier (20—25 Stück)	2,0 „	1 Stück 5 Pfennig-Zigarre	1 „
1 „ Reis	4,0 „	10 „ Zigarrett. à 1½ Pf.	2 „
1 „ Bohnen	2,0 „	10 „ „ à 2½ „	3 „
1 „ Erbsen, Linsen	1,5 „	1 Paket Streichhölzer	15 „
1 „ Zucker	14,0 „		

Dazu kommen noch die Zölle auf Kleidungsstücke, Schuhwerk, Hausgeräte usw., außerdem Einkommen- und Gemeindesteuern. Nach einer kürzlich gemachten Berechnung entfallen durchschnittlich auf den Kopf der Bevölkerung jährlich 91 Mk. an Steuern und Zöllen, bei einer Durchschnittsfamilie von 4,7 Köpfen 442 Mk., wovon der größte Teil aus indirekten Steuern zusammengesetzt ist. Nach Dr. Plenge entfielen bereits 1906 auf jede Mark direkter Steuern 2,99 Mk. indirekte, und seitdem haben wir das wunderbare Steuerbukett der „Reichsfinanzreform" des Jahres 1909 dazu erhalten, wodurch uns nahezu 400 Millionen neuer Steuern und Zölle aufgebürdet wurden.

Für eine Arbeiterfrau, die mit jedem Pfennig auf das genaueste rechnen muß, wirkt die Tatsache, daß ihr jedes Kilogramm Brot um reichlich 6 Pf. durch den Zoll verteuert wird, geradezu aufreizend. Nennt sie vier Kinder ihr eigen, wird ein Sechspfundbrot täglich für die Familie nicht reichen. Das bedeutet aber, daß sie *täglich zirka 20 Pf. Brotsteuer zu zahlen hat*. Das ist mehr, als nach der Hinterbliebenenversicherung künftig eine *invalide Witwe durchschnittlich als Rente bekommt!* Der äußerst karge Fleischkonsum in Arbeiterkreisen könnte bedeutend aufgebessert werden,

wenn der Fleischzoll von 35 Pf. das Kilo wegfiele. Dasselbe gilt von der Butter, den Eiern, dem Käse und anderen Nahrungsmitteln. Kurzum, die Ernährung der arbeitenden Schichten, damit ihre Gesundheit und ihre Leistungsfähigkeit bei der Arbeit und — in der Arbeiterbewegung würden weit besser sein, bestände nicht die außerordentliche Verteuerung der notwendigsten Gebrauchsgegenstände durch die Zoll- und Steuerpolitik. Ein drohendes Schreckgespenst für alle Arbeitenden, die die giftigen Gase, den Staub und Schmutz ihrer Arbeitsstätte einatmen müssen, ist die Lungenschwindsucht. Alle Gelehrten sind sich darüber einig, daß ihrer Ausbreitung am besten entgegengewirkt werden kann durch eine, den Forderungen der Hygiene entsprechende Lebenslage. Das heißt mit anderen Worten: durch eine wirksame Gewerbehygiene, helle, luftige und staubfreie Arbeitsräume, durch eine kräftige und reichliche Kost und gesunde Wohnungen. Die Wucherpreise für Nahrungsmittel und Wohnungen bedingen jedoch, daß die überwiegende Zahl der Arbeiterfamilien die Kost verschlechtern und sich mit engen, licht- und luftarmen Wohnungen begnügen müssen. Die mörderische Proletarierkrankheit wird deshalb weiter ihre Geißel schwingen und Opfer um Opfer fordern unter den Männern, Frauen und Kindern der Arbeiterklasse. Wie traurig es um die Ernährung der Arbeiterkinder bestellt ist, das künden uns die Ergebnisse der Körperuntersuchungen der Schulkinder durch die Schulärzte; das wird erhärtet durch eine Erhebung des Vereins für Volkswohlfahrt. Dieser Verein stellte 1908 fest, daß in den deutschen Städten mit 10 000 Einwohnern und darüber, 36 000 Volksschüler im Winter und 22 000 im Sommer ohne Frühstück in die Schule kämen, 179 000 hatten auch kein warmes Mittagbrot. Dabei waren in den meisten Fällen auch die Mütter erwerbstätig, und doch — mußten die Kinder hungern! Ist es angesichts dieser Tatsachen ein Wunder, wenn die Eigentumsvergehen steigen?

Wen nimmt es wunder, wenn die Zahl der Frauen und Mädchen größer und größer wird, die versinken in den Sümpfen der Prostitution? Die Hungerlöhne junger Arbeiterinnen treiben sie auch bei normalen Lebensmittelpreisen bereits auf die abschüssige Bahn, die Wucherpreise stoßen sie vollends in den Abgrund. Oder sollte es bei den gegenwärtigen Teuerungspreisen möglich sein, daß junge Mädchen ohne elterliche Unterstützung mit einem Jahresgehalt von 360 Mk. und 500—700 Mk. existieren können, wie es z. B. die Postverwaltung ihren weiblichen Unterbeamten zahlt? Sollte es möglich sein, ein nur halbwegs menschenwürdiges Leben führen zu können bei den Hungerlöhnen von 6—9 Mk. pro Woche, wie sie noch in manchen Branchen, zum Teil noch schlechter in der Heimindustrie gezahlt werden? Selbst in den Kreisen der bestgelohntesten Arbeiter verschlingen die Wucherpreise sehr oft die so sauer ersparten Mark und Pfennige, die dem Bildungsbedürfnis, dem Theater-, dem Konzertbesuch, der Anschaffung eines guten Buches usw. dienen sollten.

Tausende Ehefrauen, deren schaffende Hand und fürsorgliches Walten in ihren kinderreichen Familien geradezu unentbehrlich ist, werden durch die Teuerungspreise zum Mitverdienen getrieben. Der häusliche Herd erkaltet, das Heim wird unwirtlich, die Kinder verwahrlosen oder werden bereits Ausbeutungsobjekte kapitalistischer Profitmacherei. Und diese Kinder, denen man die Freude und Sorglosigkeit der Kindheit geraubt, die man um das Köstlichste, um die fürsorgende Mutterliebe betrog, die steckt man, nachdem sie Schaden am Leib und an

der Seele genommen, in — „Erziehungsanstalten", wo nur zu oft fromme Priester und ihre Helfer in viehischer Brutalität ihre Menschenwürde zertreten, jede weiche Regung ihrer Seele ersticken und sogar ihr Leben in Gefahr bringen.

Wahrlich, die Frauen müßten statt des Herzens einen Stein in der Brust tragen, wollten sie angesichts dieser Tatsachen den politischen Maßnahmen interesselos gegenüberstehen.

Die Zoll- und Steuerpolitik, die als „Schutz der nationalen Arbeit" von der bürgerlichen Mehrheit gepriesen wird, hat sich in jeder Beziehung als schwerste Schädigung der Arbeiterklasse erwiesen: Durch die starke Verteuerung aller wichtigsten Gebrauchsgegenstände hat sie den Arbeitern und ihren Familien genommen, was an Lohnerhöhungen der letzten Jahre in harten wirtschaftlichen Kämpfen errungen war. Ja mehr als das: Zahlreichen Arbeitern hat sie die Existenz geraubt; es sei nur erinnert an die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen und an die in Zündholzfabriken Beschäftigten, die infolge der Finanzreform brotlos wurden.

Erneute Lohnkämpfe werden in der Folge um so notwendiger. Die Wirkungen der Zollpolitik erschweren jedoch die Lohnkämpfe nach zwei Richtungen. Die industriellen Schutzzölle, die das Reich gleichsam mit einer Mauer umschließen, wodurch die auswärtige Konkurrenz ferngehalten wird, ermöglichen es den Unternehmern, ihre Waren fast um die Höhe des Zolles im Preise zu steigern und begünstigen gleichzeitig ihren Zusammenschluß zum Syndikat oder führen gar zur Vertrustung ihrer Betriebe. Damit ist dann auch im Inlande die gegenseitige Konkurrenz ausgeschaltet, die Schröpfung der Konsumenten kann ungehindert vor sich gehen. Gleichzeitig ist durch die Unternehmerverbände ein starkes Gegengewicht gegen die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter geschaffen. Die wirtschaftliche Uebermacht der Unternehmer ist durch die Zusammenschweißung des Kapitals ins riesenhafte gewachsen und dank ihrer ausgedehnten Verbindungen, die sich gleich Polypenarmen über das gesamte Reich erstrecken, vermögen sie auf jeden lokalen Streik mit einer generellen Aussperrung zu antworten und daneben mit Hilfe der schwarzen Listen „unbotmäßige" Arbeiter buchstäblich zu Tode zu hetzen. Das macht die Lohnkämpfe härter, erbitterter.

Die agrarischen Zölle und eine Reihe zollpolitischer Maßnahmen (Einfuhrscheine, Grenzsperren und schikanöse Einfuhrbestimmungen für Vieh und Fleisch) ermöglichen es den Großgrundbesitzern, gleichfalls um die Höhe des Zolles die Preise für ihre Produkte, für Vieh und Korn, in die Höhe zu treiben. Damit wird uns Fleisch und Brot in der besprochenen Weise enorm verteuert, die Agrarier füllen sich jedoch auf diese Weise mühelos die Taschen. Denn nur der Zoll für ausländische Waren geht in die Staatskasse. Die Summen, um die der Zoll die im Inland erzeugten Waren verteuern hilft, ob Industrie- oder Agrarprodukte, fließen in die Taschen der Produzenten. Und diese Summen sind nicht gering. Die inländischen Lebensmittel werden uns auf diese Weise durchschnittlich jährlich um 1261 Millionen Mark verteuert, die inländischen Industrieprodukte um 1000 Millionen.

Nun sind aber bekanntlich Junker und Industriekönige, in deren Taschen vorwiegend diese Summen fließen, die ärgsten Reaktionäre, denen die Arbeiterbewegung ein Dorn im Auge ist. Ihre Taschen füllen, heißt gleichzeitig, ihre wirtschaftliche Macht und ihren politischen Einfluß erhöhen und damit jene Kräfte stärken, die sich den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse hemmend in den Weg stellen.

Alle die geschilderten Leiden, die heraufbeschoren und verschärft werden durch das geltende Steuersystem, sie werden, dank der Erbitterung, die sie täglich neu erzeugen, bei den Frauen jene Energie und Begeisterung auslösen, die für politische Kämpfer unerläßlich sind. Nieder mit dem Brot- und Fleischwucher! Fort mit dem System der indirekten Besteuerung! Her mit einer progressiv steigenden Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer! Das wird auch die Parole der Frauen sein!

d) Die Liebesgaben.

Zölle und Grenzsperren, als Mittel zur Schröpfung des Publikums, genügen den Agrariern keineswegs, das System der Einfuhrscheine und die Schnapsliebesgabe kommen noch hinzu. Mit den Einfuhrscheinen hat es folgende Bewandtnis: Als unter Caprivi der Reichstag die Getreidezölle von 5 auf 3,50 Mk. pro Doppelzentner ermäßigte, schrien die Junker über „den Ruin der Landwirtschaft" und setzten es durch, daß für den Zollverkehr der „Identitätsnachweis" aufgehoben wurde. Es kommt nämlich häufig vor, daß ausländisches Getreide, für das an der Grenze Zoll gezahlt ist, wieder ausgeführt wird nach einem anderen Lande, oder, daß es in Deutschland gemahlen und dann als Mehl wieder ins Ausland geht. In diesen Fällen wurde der Zoll zurückgezahlt. Aber nur dann, wenn nachgewiesen werden konnte, daß das ausgeführte Getreide wirklich zuvor eingeführt, daß es „identisch" mit dem fremden, für welches ein Zoll erlegt. Jetzt wurde dies geändert. Seit der Aufhebung des Identitätsnachweises wird für alles ausgeführte Korn, ganz gleich, ob es zuvor eingeführt oder im Inlande gewachsen ist, von der Zollbehörde der Zollbetrag gezahlt. Zwar nicht in bar, sondern die Behörde stellt „Einfuhrscheine" aus über eine so hohe Summe, als der Zoll beträgt. Diese Scheine werden alsdann bei der Einfuhr bestimmter Waren (Kaffee, Petroleum) statt des baren Zolles, der zu entrichten wäre, in Zahlung gegeben. Jeder Kaufmann, der Kaffee oder Petroleum einführt, nimmt den Einfuhrschein ebenso gern wie Papiergeld, da er ihn jederzeit „versilbern" kann. Die Einfuhrscheine sind also keine Zurückzahlung hinterlegten Zolles, sondern eine Ausfuhrprämie auf Korn. Und zwar eine sehr einträgliche. So wurden z. B. in der Zeit vom 1. August 1908 bis 1. Juni 1909 für 38,8 Millionen Mark Einfuhrscheine eingeliefert. Dank den Einfuhrscheinen sind auch die erwarteten Gelder aus den Zollüberschüssen, die zur Witwen- und Waisenversicherung verwendet werden sollten, nicht eingekommen. Doch damit nicht genug. Die Ausfuhrprämie reizt natürlich zur Kornausfuhr. Just bei guten Inlandernten, wenn also das Korn und damit das Brot billig werden müßte, wird solange Korn ausgeführt, bis der deutsche Markt soweit vom Korn entblößt und der Preis dank der Knappheit soweit gesteigert ist, als der Zoll beträgt. Wenn wir die reichsten Ernten haben, müssen wir die höchsten Kornpreise zahlen. Schamloser ist der Brotwucher nicht zu denken! — Und die Schnapsliebesgabe? Nach dem Branntweinsteuergesetz wird das Quantum des zu brennenden Schnapses, das „Kontingent" festgesetzt und auf die einzelnen Brennereien verteilt. Die Steuer für dies Quantum beträgt pro Hektoliter 105 Mk. (vor 1909: 50 Mk.). Wird über das Kontingent hinaus gebrannt, steigt die Steuer. Sie beträgt für das Ueberkontingent pro Hektoliter 125 Mk. (vor 1909: 70 Mk.). Auf den ersten Blick könnte es erscheinen, als sei diese höhere Steuer eine Bestrafung für den Ueberbrand. Das Umgekehrte ist der Fall. Das Kontingent hat für den Be-

darf nie ausgereicht. Kommt das Ueberkontingent nun mit in den Handel, so steigt der Preis des mit 105 Mk. versteuerten Schnapses auf die Preishöhe des mit 125 Mk. belasteten, und die Differenz von 20 Mk. pro Hektoliter lassen die Brenner schmunzelnd in ihre unergründlichen Taschen fließen. Insgesamt macht diese Differenz pro Jahr 44 Millionen Mark aus: die „Liebesgabe", wie Wedel-Malchow sie nannte. Seit 1887, als das Branntweinsteuergesetz mit der Kontingentierung des Brandes geschaffen ward, haben die junkerlichen Schnapsbrenner reichlich eine Milliarde Extragewinn aus den Taschen der Aermsten, der Schnapstrinker, gezogen.

Als im Jahre 1909 bei der Beratung der Reichsfinanzreform die Branntweinsteuer von 50 bezw. 70 Mk. auf 105 bezw. 125 Mk. pro Hektoliter erhöht wurde, beantragten die sozialdemokratischen Abgeordneten Beseitigung des Kontingents und damit der Liebesgabe. Die bürgerliche Mehrheit lehnte den Antrag ab.

Dieser Zusammenhang der Dinge war die Veranlassung zu dem Schnapsboykottbeschluß durch den Leipziger Parteitag. Der Boykott des Schnapses sollte den Verbrauch soweit senken, daß die Liebesgabe beseitigt bezw. stark vermindert werde und damit gleichzeitig das Steuerergebnis für den Staatssäckel herabgemindert. Die Befürworter des Boykotts hatten also keineswegs die Absicht, den Schnapskonsumenten pharisäerhaft Moral zu predigen. Sie wissen zu gut, daß die Unterernährung, das lange, intensive Arbeiten, elende Wohnungen, das Fehlen jeder anderen Lebensfreude meistens die Ursachen des Alkoholgenusses sind. Wie mancher arme Teufel greift zum Schnaps, um für einen Moment die abnehmenden Kräfte aufzupeitschen, sich für einen Moment das Gefühl der Wärme, des Behagens, der Sättigung zu verschaffen. Diesen Aermsten, denen der Alkohol der „Sorgenbrecher" geworden, sollte durch den Boykott kein Vorwurf gemacht, wohl aber ihnen gezeigt werden: Seht, mit jedem Tropfen, den Ihr trinkt, trägt Ihr dazu bei, denen die Taschen zu füllen und ihre Macht zu stärken, die uns knechten und ausbeuten, die in uns nimmer den denkenden und fühlenden Menschen, sondern nur das sprachbegabte Arbeitsinstrument sehen. Wollt Ihr dazu weiter die Hand bieten? Wollt Ihr nicht vielmehr Eure ganze Kraft zunehmen, jeden Schnaps meiden, um damit unsere Peiniger an ihrer empfindlichsten Stelle, am Portemonnaie zu strafen und ihre wirtschaftliche Macht zu schwächen? Und dieser Appell an die Selbstüberwindung, an die Willensstärke, an das Klassenbewußtsein und an die Solidarität, er hat Großes gewirkt. Gewiß ist der Alkoholismus nicht ausgerottet, wie könnte er, aber er ist stark herabgemindert. So sehr, daß der Bundesrat, um den „Edlen" des Reiches die Liebesgabe zu retten, das Kontingent herabsetzte. Dieses Vorgehen sowie die Erhöhung des Branntweinpreises durch die Spirituszentrale kann natürlich nur die eine Antwort auslösen, die da lautet: Nun erst recht den Boykott hochgehalten!

Die Frauen aber, die neben der politischen Wirkung des Boykotts beglückt sind über die moralische und gesundheitliche Nebenwirkung, sie haben alle Ursache, die Propaganda für den Boykott in der oben angedeuteten Weise fortzusetzen. Unter allen Umständen aber müssen sie von ihren Kindern den Alkohol in jeder Form fernhalten.

e) Der Militarismus und Marinismus.

Die Welt starrt in Waffen. Unter dem unerträglichen Druck der Rüstungen seufzen und murren die Völker. Und obgleich konstitutionelle Minister und gekrönte Häupter halbabsolutistischer Länder sich wieder und wieder ihrer gegenseitigen Friedensliebe versichern, geht das wahnsinnige Wettrüsten weiter. Das geschieht, weil die wirtschaftlichen Gegensätze der besitzenden Klassen in den verschiedenen Ländern die stetig steigenden Rüstungen bedingen. Beim Kampf um die Anteilnahme am Weltmarkt gilt die Waffengewalt als ultima ratio (letztes Mittel). Mißtrauisch und eifersüchtig wachen deshalb die maßgebenden Kreise der einzelnen Länder gegenseitig darüber, daß der Nachbar sie in der Verstärkung der militärischen und maritimen Gewalt nicht überflügele. Die notwendige Folge ist nicht eine Beruhigung und eine Sicherung des Friedens, sondern eine gegenseitige Beunruhigung, eine steigende Spannung unter den Mächten und damit eine erhöhte und permanente Kriegsgefahr. Dieser Stand der Dinge wurde in der jüngsten Zeit u. a. illustriert durch den Marokkokonflikt, der uns monatelang hart an den Abgrund eines Krieges brachte, und durch den türkisch-italienischen Krieg. Die herrschenden Klassen der kapitalistisch entwickelten Länder sind eben Imperialisten, Weltmachtspolitiker geworden.

Diese Tatsache findet ihre Erklärung in der Entwickelung des Kapitalismus. Sein Emporblühen bedingt eine mächtige Entwickelung der Produktivkräfte, eine starke Steigerung der Ergiebigkeit menschlicher Arbeit und damit ein ungeheures Anschwellen der erzeugten Güter, für die nach Absatzmöglichkeiten im Auslande gesucht werden muß. Die erweiterte Absatzmöglichkeit jenseits der heimischen Grenzpfähle wird um so mehr zu einer Notwendigkeit für die herrschenden Klassen, weil durch die fortschreitende Entwickelung des Kapitalismus das Proletariat, d. h. die Zahl der wirtschaftlich Abhängigen und Ausgebeuteten, fortgesetzt stark vermehrt wird.

Das besagt aber nichts anderes, als daß der Verbrauch der erzeugten Güter im Inlande nicht im entferntesten Schritt halten kann mit der gesteigerten Produktion. Nicht deswegen, weil die breiten Schichten der Ausgebeuteten keine Bedürfnisse haben, sondern weil sie, dank ihrer Ausbeutung, zu arm sind, um ihre weitergehenden Bedürfnisse befriedigen, die von ihnen selbst erzeugten Waren kaufen zu können. Im vorigen Kapitel haben wir nachgewiesen, wie die Zoll- und Steuerpolitik und das durch sie geförderte Kartell- und Trustwesen mit ihren warenverteuernden Wirkungen und ihrer Stärkung der Unternehmermacht die Kaufkraft der Besitzlosen noch weiter senkt und damit den Warenüberschuß vermehrt, der nun nach Absatz im Auslande verlangt.

Im Ausland wird aber der Absatz gleichfalls immer mehr erschwert. Denn die kapitalistisch entwickelten Länder führten und führen nicht nur Waren aus, sondern auch Produktionsmittel (Maschinen), Kapital und Arbeitskräfte. In der Folge entwickelt sich in allen Ländern, die bisher Abnehmer der fertigen Produkte waren, gleichfalls eine kapitalistische Produktion, die zunächst den eigenen Bedarf deckt, um bald konkurrierend auf dem Weltmarkt zu erscheinen.

Der eingangs erwähnte wirtschaftliche Gegensatz der herrschenden Klassen der einzelnen Länder wird dadurch ungemein verschärft. Ihr Verlangen nach einem festen, gesicherten Absatzgebiet im Ausland wird stärker und stärker. Es findet seinen Ausdruck in dem Bemühen und Drängen nach Kolonialbesitz, der mit dem Mutterland zu einem Welt-

reich (Imperium) vereinigt, ihnen ein abgeschlossenes, unbestrittenes Gebiet für ihren Absatz sichert; ein Absatzgebiet um so unbestrittener, wenn es, mit Zollmauern umgeben, den Wettbewerb anderer Nationen ausschließt. Kolonien sind jedoch nicht mehr durch die Entsendung eines modernen Kolumbus zu erwerben, sie sind im Besitz kapitalistisch entwickelter Länder. Ihr „Erwerb" kann deshalb nur mit gepanzerter Faust, durch Eroberung erfolgen. Das ist der Zusammenhang der Dinge, der erklärt, warum die herrschenden Klassen in der jüngsten Zeit enthusiastische Kolonialschwärmer oder, richtiger gesagt, Kolonialeroberungsschwärmer geworden sind.

Die Produktivkräfte sind so gewaltige geworden, daß die geltende Eigentumsordnung zu einer Fessel für ihre ungehinderte Betätigung und Weiterentwickelung wurde und immer mehr wird. Die periodisch wiederkehrenden Krisen, in denen jedesmal erst der aufgehäufte Ueberschuß an Waren und Produktionsmitteln vergeudet werden muß, bevor die kapitalistische Profiterzeugung wieder ihren geregelten Gang weitergehen kann, beweisen diesen Stand der Dinge ebenso klar, wie er beleuchtet wird durch die eroberungswütige Weltmachtpolitik der Herrschenden.

Die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise und ihre Ersetzung durch die sozialistische, in der die Gesamtheit produziert im Interesse der Gesamtheit, könnte allein hier Wandel schaffen. Aber gerade weil sie diese Umwandlung nicht wollen, weil sie soweit wie möglich hinausgeschoben werden soll, sind unsere herrschenden Klassen Weltmachtschwärmer, sind sie eifrige Befürworter des Militarismus und Marinismus. Ihr materielles Interesse, das die treibende Kraft dieser Schwärmereien ist, verstehen sie meisterlich zu verstecken hinter der nationalen Phrase. Im Namen des Patriotismus werden Ausgaben für die Rüstungen gefordert, die ins Unerträgliche wachsen. In Deutschland sind allein für das Landheer die jährlichen Ausgaben gestiegen von 316 Millionen im Jahre 1872 auf 808 Millionen im Jahre 1910. Für die Marine waren in den Jahren von 1871 bis 1888 jährlich 18 bis 78 Millionen Mark aufzubringen, im Jahre 1910 dagegen 462 Millionen. Die Zahl der unter den Waffen stehenden Männer stieg von 359 000 im Jahre 1872 auf 621 162 im Jahre 1909/10. Die Kosten pro Soldat steigerten sich von 880 Mk. im Jahre 1872 auf 1265 Mk. im Jahre 1910. Zu diesen staatlichen Ausgaben kommen noch die Zuschüsse, die Eltern oder andere Verwandte freiwillig leisten zur Aufbesserung der Soldatenkost. Es ist ferner hinzuzurechnen, wieviel der einzelne Soldat an Arbeitseinkommen einbüßt während der Dienstzeit. Und nicht gering ist der Schaden, der der Gesellschaft erwächst dadurch, daß jährlich die Tausende von Arbeitskräften brach liegen, ernährt werden müssen, statt daß sie Werte schaffen.

Weil der Staat die sich stetig steigenden Ausgaben für die Rüstungen aus den Einnahmen nicht zu decken vermochte, sind Anleihen aufgelegt worden. Die so erwachsene Reichsschuld hat bereits die Summe von 5000 Millionen Mark überstiegen. An Zinsen für diese Schuld sind jährlich zirka 210 Millionen zu zahlen. Dazu kommen noch 118 Millionen, die als Pensionen den Offizieren zu zahlen sind, die bei der „Verjüngung des Offizierkorps" abgeschoben werden. Die alsdann den Reserveoffizier und alles was dazu gehört als „gesellschaftliche Einrichtung" ins Privatleben mitbringen und obendrein bei der Besetzung der Beamtenstellen den Zivilpersonen eine empfindliche Konkurrenz machen. Zu den Ausgaben kommen ferner 26 Millionen als Aufwendungen für

die Kolonien, so daß wir es glücklich auf eine jährliche Ausgabe von 1600 bis 1700 Millionen Mark für Militarismus und Marinismus gebracht haben.

Da nun diese Ausgaben fast ausschließlich aus den Erträgnissen der indirekten Steuern und Zölle zu bestreiten sind, so bedeutet ihre Aufrechterhaltung und Erhöhung gleichzeitig eine Aufrechterhaltung und Erhöhung der indirekten Steuer- und Zollast mit ihren verheerenden Folgen für die arbeitenden Schichten.

Die Riesenausgaben für Heer und Marine bedeuten ferner eine Benachteiligung notwendiger Kultureinrichtungen: des Schul- und allgemeinen Bildungswesens, der öffentlichen Gesundheitspflege, der sozialen Versicherungsgesetzgebung u. a. m., wofür niemals mehr Geld übrig bleibt.

Für die herrschenden Klassen bedeuten diese Ausgaben dagegen eine lustig sprudelnde Quelle erhöhten Profites und verstärkter Macht. Dabei brauchen wir gar nicht an die Firmen Tippelskirch, Wörmann, Krupp oder an den Kieler Althändler zu denken, die besonders „gerissene" Geschäftsleute waren, sondern nur an die ordnungsmäßigen Lieferungen von Waffen, Munition, Fourage, Pferden, Montierungsstücken, oder an die Ausführungen von Kasernen- und Schiffsbauten und an die Lieferung von Rohmaterialien zu diesen, die ein glänzendes Geschäft für die Beteiligten bedeuten.

Wir brauchen uns nur zu erinnern an die Geldgeschäfte der hohen Finanz, die diese macht, sobald der Staat ihr Schuldner wird, oder daran, wieviel Söhne der Aristokratie, vor allem des Adels, als Offiziere Lebensstellungen erhalten und mit diesen Stellungen gleichzeitig die Fäden der militärischen Macht in ihren Händen vereinigen, um zu erkennen, welch hohes materielles Interesse die Herrschenden an der Erhaltung und Befestigung aller jener Einrichtungen, Maßnahmen, Sitten und Gebräuche haben, die wir zusammenfassend mit den Worten Militarismus und Marinismus bezeichnen.

Die nach wirtschaftlichem Aufstieg, nach Befreiung und Völkerfrieden strebende Arbeiterklasse steht dagegen in schärfster Opposition gegen sie, sowie gegen das kapitalistische System, dessen Stütze sie sind. Die wachsende Opposition der Arbeiterklasse mundtot zu machen, ist der sehnlichste Wunsch der Herrschenden. Und so kommt es, daß die Erhaltung des Militarismus und Marinismus nicht nur einhergeht mit der wachsenden Zoll- und Steuerlast, sondern auch begleitet ist von fortgesetzten reaktionären Anschlägen gegen die im Klassenkampf stehenden Arbeitermassen. Ja mehr noch: Das stehende Heer selbst ist in den Händen der Herrschenden zu dem vornehmsten Beherrschungs- und Unterdrückungsmittel gegen den „inneren Feind", gegen die aufsteigende Arbeiterklasse geworden. Das Wort: „Auf Befehl hat der Soldat auf Vater und Mutter zu schießen" ist unvergessen. Unvergessen ist auch die Entsendung des Militärs und der Maschinengewehre gegen streikende Arbeiter. (Mansfeld, Ruhrgebiet.)

Eine eiserner Disziplin, die jede eigene Willensäußerung der gemeinen Soldaten ausschließt, die vielmehr von ihnen, ohne Besinnen, strikte Ausführung des erhaltenen Befehls, ein unbedingtes, restloses Unterordnen und Gehorchen — Kadavergehorsam — verlangt, ist deshalb oberstes Prinzip des Militarismus. Die Erziehung des Soldaten zum Kadavergehorsam die vornehmste Aufgabe der Vorgesetzten.

Lassen sie sich dabei zu allzu „schneidigem" Vorgehen hinreißen, zu Beschimpfungen und Mißhandlungen der gemeinen Soldaten, wird das, weil im „löblichen Erziehungseifer" geschehen, sehr milde vom Kriegsgericht beurteilt, dagegen jede Insubordination, weil gegen die heiligen Gesetze der militärischen Disziplin verstoßend, mit drakonischen Strafen belegt.

Aus den Personen, die als Kapitulanten die unteren Chargen im Heer bekleiden und als solche den Militärversorgungsschein erhalten, rekrutiert sich ein großer Teil der Beamten, besonders der Polizeibeamten. Sie bringen den Geist der Volksfeindlichkeit, in dem sie selbst erzogen wurden und der ihr Tun beim Militär bestimmte, der sie in jeder selbständigen Regung des Proletariats Akte der Revolution sehen läßt, ins Privatleben mit, wo ein weiteres Handeln in diesem Sinne bekanntlich Orden und Avancement einbringt. So erhält die für jeden aufrechten und freiheitliebenden Menschen unerträgliche Polizeiherrschaft in Deutschland, die jüngst in Moabit, Rastatt, Köln, Bremen und anderswo ihre Orgien feierte, Förderung und Stütze durch den Militarismus. Das bürgerliche Wesen wird überall dem militärischen untergeordnet. Der Militarismus durchseucht die ganze Gesellschaft.

Vielerlei Fäden sind es demnach, die das Interesse der Frau verknüpfen mit jenen Bestrebungen, die die Beseitigung des Militarismus und der Weltpolitik zum Ziele haben. Als überzeugte Sozialistin und als Staatsbürgerin erkennt die Frau im Militarismus und der Weltpolitik ein Bollwerk der Reaktion, ein Hemmnis der Kulturentwickelung, bestimmt, die Lebensdauer des Kapitalismus zu verlängern. Als Arbeiterin sieht sie sich und die Ihrigen vom Militär bedroht bei ihren Lohnkämpfen. Als Hausfrau seufzt sie unter dem furchtbaren Steuerdruck, den die wahnwitzigen Ausgaben für Heer, Marine und Kolonien verursachen. Als Braut, Gattin und Mutter sieht sie mit Schrecken die permanente Kriegsgefahr und denkt mit Grauen an die Blutopfer, die ein Krieg, mit den modernen Mordwaffen geführt, fordern würde. Unsere Kolonialabenteuer haben Opfer an Gut und Blut mehr denn genug gekostet. Mütter beweinen den Verlust ihres Sohnes, Mädchen den Tod ihres Liebsten, deren Gebeine in den Sümpfen Chinas modern oder in den Sandwüsten Südwestafrikas bleichen. Und welche Mutter vermöchte wohl ruhig zu bleiben bei dem Gedanken, ihr Sohn, den sie unter Schmerzen und Gefahr ihres Lebens geboren, den sie unter Sorgen großgezogen und den sie als kraftstrotzenden Jüngling zum Militär einziehen sah, könnte ihr als Krüppel oder Leiche, ein Opfer der scheußlichen Soldatenmißhandlungen, heimgebracht werden, er könnte zum Deserteur oder Selbstmörder geworden sein ob der erfahrenen Behandlung, oder sie möchte ihn im Sträflingskittel wiedersehen, weil eines der grausen Bluturteile gegen Ungehorsam ihn auf Jahre ins Gefängnis sandte und damit sein Leben zerstörte. Just die Frauen müßten deshalb am inbrünstigsten fordern: „Legt die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hände des Volkes. Beseitigt das stehende Heer, erzieht die Jugend zur Wehrhaftigkeit, gebt uns ein Milizheer, in dem die Söhne des Volkes ein paar Monate im Gebrauch der Waffen unterrichtet werden und bei ihrer Rückkehr ins Zivilleben ihre Waffe mit nach Hause bekommen. Nicht um „gegebenenfalls" gegen Vater und Mutter loszugehen, sondern um die Freiheit der Nation und die Rechte des Volkes zu schirmen." Die Frauen und Mädchen, die das Wesen des Militarismus und seine Folgeerscheinungen erkannt haben, können keine

schwärmerischen Verehrer des doppelfarbigen Rockes, der schmetternden Fanfaren, des klingenden Spieles und all der bunten, schimmernden Pracht sein, in denen der Militarismus sich dem Volke zu repräsentieren pflegt. Sie sehen hinter der Pracht der goldstrotzenden Uniformen und dem Glanz der Paraden die Unfreiheit der Völker und die Not der arbeitenden Massen. Ihr Standpunkt gegenüber dem Militarismus ist: Nieder mit dem Ungeheuer!

Das Frauenwahlrecht.

Ueberall greift die Politik in das Leben der Frau. Rauh! Rücksichtslos! Unerbittlich! Sie will sich wehren. Aber die wichtigste Waffe, das Wahlrecht, fehlt ihr. Die angeführten und in den vorhergehenden Kapiteln besprochenen Fraueninteressen in der Politik, die nur einen kleinen Ausschnitt aus dem weiten politischen Geltungsbereich bilden, sie erweisen klar die praktische Notwendigkeit des Frauenwahlrechts, seine Unentbehrlichkeit als politische Waffe. Und in den ersten Kapiteln haben wir den Rechtsanspruch der Frau auf volles Bürgerrecht nachgewiesen, an der Hand ihrer Leistungen im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß, ihrer Leistungen als Mutter und als Hausfrau. Aber ob längst die politische Mündigkeit der Frau erwiesen ist, ihre Mündigkeitserklärung ist eben noch nicht erfolgt.

Als bitteres Unrecht, als brennende Schmach empfinden die Frauen, deren Persönlichkeit im harten Daseinskampf gereift ist, ihre Rechtlosigkeit. Sie wissen, im Besitze des Wahlrechts würden sie als Persönlichkeit gewinnen und nicht minder die Gesellschaft, in der sie als Vollbürgerin tätig sind, deren Kultur durch das, was weibliche Eigenart zu geben vermag, Bereicherung und Differenzierung erfährt. Die Frau weiß ferner, daß sie im Besitz des Wahlrechts im eigenen und im Interesse ihrer Klasse Reformen zu erzwingen vermag, die notwendig sind, ihr und den Ihrigen das Leben zu erhellen und zu erleichtern; die aber nicht minder notwendig sind, sie kampfesfähig zu machen gegen kapitalistische Ausbeutung und damit sie zu stärken für ihren wirtschaftlichen, geistigen und moralischen Aufstieg. Sie weiß aber auch, daß sie das Wahlrecht braucht als ein Mittel zur Erweckung, Sammlung und Schulung Indifferenter, um sie zum Kampf zu führen für die Eroberung der politischen Macht, für die Beseitigung der Klassenherrschaft und für die Sozialisierung der Gesellschaft.

Die Proletarierin kämpft deshalb mit Energie und Leidenschaft um ihr wichtigstes Staatsbürgerrecht. Wie sie einst Sturm lief gegen die hemmenden Gitter der Vereinsgesetze, um das K a m p f f e l d der Politik zu erobern, so steht sie heute im heißen Ringen um politische W a f f e n. In den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft schlägt sie diese Schlachten. Die Erfahrung hat die Arbeiterfrau längst gelehrt, daß sie unter den politischen Parteien nur in der Sozialdemokratie zuverlässige Kampfesgenossen für ihre politische Gleichberechtigung findet. Dahingegen sind ihre bürgerlichen „Schwestern", die in den Frauenstimmrechtsvereinen zusammengeschlossen sind, recht „unsichere Kantonisten".

Der größte Teil dieser Damen würde sich mit einem beschränkten Frauenwahlrecht, das eine bestimmte Steuerleistung, einen bestimmten

Bildungsgang u. a. m. voraussetzt, zufrieden geben. Es kümmert sie wenig, ob durch ein solches Wahlrecht die große Masse der Proletarierinnen weiter in politischer Rechtlosigkeit erhalten und auch ferner mit Kindern, Idioten und Verbrechern in der politischen Wertschätzung auf eine Stufe gestellt werden.

Just jene Frauenschichten, die dank ihrer Armut und ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Kapital am dringendsten das Wahlrecht als politischer Waffe benötigen, würden durch ein beschränktes Frauenwahlrecht weiter vom Besitz und Gebrauch dieser Waffe ausgeschlossen. Ja mehr noch. Das beschränkte Frauenwahlrecht würde den politischen Einfluß der bürgerlichen Parteien, also den Einfluß der Gegner eines Wahlrechtes auf breitester demokratischer Grundlage stärken und damit den Widerstand vergrößern, der von jener Seite der Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts entgegengesetzt wird. Die Proletarierin sieht deshalb im beschränkten Frauenwahlrecht nicht die erste Stufe zu jener Höhe, auf der das volle Bürgerrecht des Weibes thront, sie bewertet es vielmehr als Bollwerk, das sich ihr breit und wuchtig in den Weg stellt und sie hemmt bei ihrem Aufstieg zur politischen Gleichberechtigung.

Bei dem Kampf um die politische Mündigkeitserklärung der Frau werden deshalb die Proletarierinnen die Hauptschlachten schlagen. Sie sind eifrig am Werk, ihre Sturmkolonnen zu formieren. Größer und größer wird ihr Zug. Hunderttausende schlossen sich bereits an. Hunderttausende werden folgen. Her mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für Mann und Frau! ist ihre Parole.

Die politischen Parteien und die Frauen.

Die politischen Parteien, deren Zahl den Uneingeweihten zunächst verwirren muß, sind in zwei große Gruppen zu teilen: die eine Gruppe umfaßt alle Parteien, die sich selbst als die „bürgerlichen" bezeichnen, die auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stehen und sie erhalten wollen. Die andere Gruppe wird von der Sozialdemokratie gebildet, die die heutige Gesellschaftsordnung bekämpft, die sie beseitigen und an ihre Stelle die sozialistische setzen will.

Sind die bürgerlichen Parteien sich einig in dem Streben, die heutige Eigentums- und Gesellschaftsordnung zu erhalten, sind sie sich einig in der Bekämpfung der Sozialdemokratie, so weisen sie unter sich doch eine Reihe wichtiger Differenzen auf, die bedingt sind durch die wirtschaftlichen Interessen jener Gruppen, deren politische Vertretung sie bilden. Die Beteiligung der Frauen am politischen Kampfe setzt natürlich die Kenntnis der politischen Parteien und ihrer wichtigsten Programmpunkte voraus.

Da sind zunächst die **Konservativen**: die adligen Großgrundbesitzer und ihre Freunde, die als „Chor der Landräte" und Regierungspräsidenten die einflußreichsten Stellen der Bureaukratie inne haben, finden unter der Devise: „Mit Gott für König und Vaterland" in der konservativen Partei eine rücksichtslose Interessenvertretung. Wie der Name sagt, will die Partei konservieren (erhalten), oder richtiger, möchte sie Altes, Ueberlebtes, durch die Entwickelung längst Ueberholtes wieder-

verstellen, die Autorität (des Adels) statt der Majorität überall gelten lassen. Ihr Patriotismus ist verlogen und wurzelfaul, er ist lediglich Deckmantel ihrer Interessenvertretung. Das zeigte sich überall, wo einmal die Regierung ihnen zu opponieren wagte. Dann drohten sie, „die Throne krachen" zu lassen, oder „wollten unter die Sozialdemokratie gehen", erklärten den Ministern, daß es „ihnen schnuppe sei, was sie sagten oder nicht sagten, sie könnten ihnen sonst was". — Die Konservativen fördern und stützen die monarchische Gewalt, um sie sich dienstbar zu machen, also den eigenen Einfluß zu stärken; sie sind deshalb gegen jede Erweiterung konstitutioneller Rechte des Volkes, gegen jeden Ausbau der Demokratie; sie sind wütende Gegner des Reichstagswahlrechtes und haben das wiederholt im Reichstag, im preußischen Landtag und im Herrenhaus offen ausgesprochen (v. Oldenburg, Graf Mirbach, v. Heydebrand u. a.); sie sind Freunde des preußischen Dreiklassenwahlrechts und haben dessen Reform zu verhindern gewußt, sie haben in Sachsen das Landtagswahlrecht verböfern helfen, sie stimmten gegen die elsaß-lothringische Verfassungsreform mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht und wehren sich mit Nägeln und Zähnen gegen eine Verfassung für Mecklenburg.

Die Konservativen sind die schärfsten Gegner des Frauenwahlrechts, des politischen, des kommunalen und des Wahlrechts zu den sozialen Körperschaften. Für die Bestrebungen der Frauenbewegung haben sie nur Hohn und Spott. Ihnen ist es geschuldet, daß die reaktionären, privatrechtlichen Bestimmungen in das Bürgerliche Gesetzbuch gekommen sind: wonach die Verwaltung vorhandenen Vermögens der Frau dem Ehemann zusteht, und wonach er ein Bevormundungsrecht über sie hat, die Konservativen sind für die Erschwerung der Ehescheidung eingetreten und für jene, vom nacktesten Eigentumsinteresse diktierten, allen menschlichen Empfindungen hohnsprechende Bestimmung, wonach das uneheliche Kind als nicht verwandt mit dem Vater gilt (wobei die Liberalen ihnen wacker halfen). Die Konservativen haben das Ausnahmegesetz gegen die Reichsversicherungsordnung mitgeschaffen, sie sind Gegner des Arbeiterschutzes, wenngleich sie früher, aus Haß gegen das industrielle Bürgertum, verschiedentlich für den Schutz der Industriearbeiter eingetreten sind, vom Schutz der Landarbeiter, der erwerbstätigen Kinder in der Landwirtschaft, von der Versicherungsgesetzgebung, dem Koalitionsrecht wollen sie nichts wissen: sie sind Beschützer der Gesindeordnungen, der Ausnahmegesetze für Landarbeiter, sie traten für das Sozialistengesetz ein und waren Freunde der Umsturz- und Zuchthausvorlage. Wie wenig sie den Menschen im Arbeiter achten, beweist ihr Ausspruch, der gleichzeitig ihre Feindschaft gegen die Volksbildung beleuchtet, nach dem ihnen der dümmste Arbeiter der liebste ist; sie suchen jeden Fortschritt der Volksbildung zu hindern und liefern die Volksschule der Kirche aus. Hatte der Adel es gänzend verstanden, seine alten feudalen Vorrechte in bürgerliches Eigentum zu verwandeln, indem er sich seine Steuerfreiheit, die Aufhebung der Leibeigenschaft und Hörigkeit überreichlich durch klingende Münze „ablösen" ließ, so versteht er es heute nicht minder, „die Klinke der Gesetzgebung" seinen Interessen dienstbar zu machen. Der Bund der Landwirte (1893 gegründet, als die Großgrundbesitzer durch die Caprivischen Handelsverträge sich „geschädigt" fühlten) beherrscht mit seinen extrem-agrarischen Interessen vollständig die konservative Politik. Die Konservativen traten für den Antrag Kanitz, für den Zolltarif 1902, für die Finanz-

reform 1906 und 1909 ein, für die Erhaltung des Fleisch- und Brotwuchers, für Schaffung eines „lückenlosen" Zolltarifs, der zu den bestehenden Zöllen solche auf Milch, Gemüse, Geflügel u. a. fügt, für die Liebesgaben und gegen die Erbschaftssteuer. Und wenn in dem hochentwickelten industriellen Deutschland die politischen Vertreter der Industrie gleichfalls für agrarische Zölle eintreten, trotzdem es in ihrem Interesse liegt, billiges Brot und Fleisch zu haben, um die Arbeiter mit einem um so niedrigeren Lohne abfertigen zu können, so hat das seine Ursache in der Tatsache, daß die adligen Grundbesitzer jederzeit bereit sind, im Parlament und außerhalb desselben Bütteldienste bei der Knebelung der arbeitenden Massen zu leisten. Ihre „eigenen" Arbeiter bearbeiten sie gelegentlich mit Reitpeitsche und Revolver, als Stimmvieh werden sie zur Wahlurne getrieben, um ihre Peiniger ins Parlament zu wählen, Unwissenheit, Rechtlosigkeit und wirtschaftliche Abhängigkeit macht sie zu Sklaven. Und so möchte der „christliche" Adel die Gesamtarbeiterschaft knebeln durch Ausnahmegesetze und indem er die organisierten Machtmittel des Staates: Polizei, Militär und Justiz, gegen sie mobil macht.

Die Konservativen sind warme Befürworter der Rüstungen, des „herrlichen Kriegsheeres" und der „gräßlichen Flotte".

Das **Zentrum** ist seiner äußeren Erscheinung nach eine kirchenpolitische Partei, die ihren Ursprung und Umfang dem Kulturkampfe der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts verdankt. Die Gewaltmaßregeln, die Bismarck traf gegen die Jesuitenorden und gegen die katholische Kirche, weil er in der Unfehlbarkeitserklärung des Papstes ein Wiederaufleben seines Strebens nach der weltlichen Oberherrschaft sah, waren das Signal zur Sammlung aller Katholiken unter die Zentrumsfahne. Seitdem ist das Zentrum eine starke politische Partei, die geeint ist durch das gemeinsame Bekenntnis zum Katholizismus. Die religiöse Ideologie, die damit dem Zentrum gegeben war, die den Blick der Mühseligen und Beladenen auf ein Zukunftsideal im Jenseits lenkt, gab und gibt ihm die Macht, seine politischen Anhänger und ihre Angehörigen als katholische Christen, vom Kindes- bis zum Greisenalter zu erfassen und festzuhalten, nötigenfalls durch einen skrupellos geübten Gewissenszwang. Aus der Opposition entstanden, jahrelang in der Opposition festgehalten, stimmte das Zentrum gegen eine ganze Reihe von Regierungsvorlagen und erwarb sich damit den Glorienschein einer Volkspartei mit demokratischen Grundsätzen, während es in Wirklichkeit durch und durch reaktionär ist und wenigstens in seinem aristokratischen Teil sich stets zu den Konservativen hingezogen fühlte, mit denen es oft und neuerdings seit der Finanzreform Arm in Arm marschierte. Da das Zentrum die Interessen aller Katholiken vertreten will, die von den Klassengegensätzen natürlich genau so zerklüftet sind, wie die übrige Bevölkerung, ist es zu einer fortgesetzten Rechnungsträgerei verdammt und zu keiner konsequenten Politik fähig. Fürstliche Bergwerks- und adlige Großgrundbesitzer sind neben der hohen und der niederen Geistlichkeit, neben Staatsbeamten, Kleinbauern, Handwerkern und Arbeitern im Zentrum zu finden. Schon das Eintreten für einen schwächlichen Arbeiterschutz ruft die Handwerker, die Fabik- und Bergwerksbesitzer auf den Plan, gegen die Ausdehnung der Versicherungsgesetze auf die Landarbeiter opponieren die Grundbesitzer, die dagegen hohen Fleisch- und Brotzoll wünschen. Als Bismarck schließlich einlenkte, der Kulturkampf abbröckelte, da bewies das Zentrum durch seine Politik,

daß der Reichskanzler als Sachwalter der Besitzenden klüger handelte, als er die Maigesetze fallen ließ, denn da er sie schuf: Das Zentrum gab die Opposition auf und es dauerte nicht lange, da war es Regierungspartei; heute ist seine Politik agrarisch-großkapitalistisch. Es bestätigte damit den alten Erfahrungssatz, daß die Kirche ein brillanter Helfershelfer der Herrschenden ist.

Das Zentrum stimmte von da an für alle Heer- und Marinevorlagen, denen es bis 1893 noch oppositionell gegenüber gestanden. Es trat für die enorme Belastung der ärmeren Volksschichten durch die Zoll- und Steuerpolitik ein. 1902 schuf es den Zolltarif des Fleisch- und Brotwuchers mit, 1909 die Finanzreform ohne Erbschaftssteuer, indem es sich im schwarzblauen Block mit den Konservativen verbündete. Es hielt 1 Millionen Mark für eine reichliche Entschädigung der Zehntausende durch die erhöhte Tabaksteuer brotlos gewordenen Tabakarbeiter, es stimmte die weitergehenden Anträge der Sozialdemokratie nieder, es stimmte dafür, daß den armen Heizern 10 Pf. von der täglichen Löhnung abzuziehen sei und bewilligte im preußischen Abgeordnetenhause eine Erhöhung der Zivilliste des preußischen Königs um 3½ Millionen Mark. In den Fragen des Arbeiterschutzes ist es fortgesetzt unzuverlässiger und reaktionärer geworden. Ihm ist es hauptsächlich geschuldet, daß wir noch keinen allgemeinen Normalarbeitstag für die deutschen Industriearbeiter haben, selbst eine Petition der christlichen Textilarbeiter um Einführung des Zehnstundentages wurde auf Antrag des Zentrums dem Reichskanzler als Material, statt zur Berücksichtigung überwiesen. Das Zentrum ist gegen den Kinderschutz in der Landwirtschaft, es trat für ein Verbot der Fabrikarbeit verheirateter Frauen ein, statt für erweiterten Arbeiterinnenschutz, obgleich ihm bekannt ist, daß ein solches Verbot die Frauen in die noch schlimmere Heimarbeit treiben muß. Es war sogar gegen ein Verbot des weißen Phosphors, weil — das die Fabrikanten schädigt. Erst als Posadowsky, damals noch Minister, die schreckliche Phosphornekrose schilderte und damit die Argumente der Sozialdemokratie unterstrich, bequemte es sich zu einer anderen Haltung, versuchte aber doch noch, das Inkrafttreten des Gesetzes hinauszuschieben.

Das Zentrum ist Gegner einer durchgreifenden sozialen Fürsorge für die Arbeiter. Es stimmte 1883 gegen die Ausdehnung der Krankenversicherung auf Dienstboten und Landarbeiter, es stimmte fast geschlossen gegen die Invalidenversicherung, weil diese auch für Dienstboten und Landarbeiter gilt und weil das Reich einen Zuschuß zur Rente leistet, es hat für all die Verbösserungen der Reichsversicherungsordnung, für die darin enthaltene Witwen- und Waisenverhöhnung, gegen den Mutter- und Säuglingsschutz, gegen die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre für Altersrentner, für die Meuchelung des Selbstverwaltungsrechts der Arbeiter in den Krankenkassen gestimmt.

Das Zentrum ist durchaus kein Freund des Reichstagswahlrechts, wie mündliche und schriftliche Auslassungen seiner Führer (Hitze, Trimborn, Reichensperger, Gröber u. a.) beweisen, die von demselben eine zukünftige Majorität des Proletariats befürchten. Seine skandalöse, volksverräterische Haltung im preußischen Wahlrechtskampf und bei den Verfassungsdebatten im Reichstag sind noch in frischer Erinnerung.

Die Stellung des Zentrums zur Frauenfrage, insbesondere zum Frauenwahlrecht, ist eine widerspruchsvolle: Grundsätzlich ist sein Standpunkt der veraltete: Das Weib schweige in der Gemeinde! Bei

dem verschärften Klassenkampf, dem Anwachsen des revolutionären Proletariats, erscheint es ihm aber unter Umständen praktisch und zweckmäßig, die geistige Rückständigkeit weiter Frauenkreise politisch aktiv und wirksam zu gestalten durch Verleihung des Frauenwahlrechts. Nur so ist sein Frontwechsel zu bewerten, der sich durch die Rede des Pater Auracher 1905 in Straßburg und die Haltung des Abgeordneten Heim im bayerischen Landtag ankündigte. Deren Eintreten für politische Frauenrechte war diktiert von politischen Zweckmäßigkeitsgründen und steht im schroffen Widerspruch zu anderen offiziellen Aeußerungen von Zentrumsführern.

In der klaren Erkenntnis, daß „der Knecht willig Knecht bleibt", die Herrschaft der Kirche und des Kapitals am längsten aufrechtzuerhalten ist, wenn die ausgebeuteten Massen in der Unwissenheit erhalten werden und die gegenwärtige Gesellschaftsordnung ihnen als „göttliche" erscheint, ist das Zentrum ein scharfer Gegner der Volksbildung. Die Religion muß ihm als Deckmantel und Mittel dienen bei seinem Bemühen, den Massen das Licht der Erkenntnis zu versperren. Siehe sein Verhalten gegenüber dem preußischen Fortbildungsschulentwurf. Im preußischen Abgeordnetenhaus erklärte der verstorbene Reichensperger sich sogar offen und scharf gegen eine bessere Volksschulbildung, die unzufrieden mache. Und wenn trotzdem die katholischen Arbeiter zu rebellieren beginnen, weil das Zentrum ihre Interessen gar zu brutal und rücksichtslos verrät, so muß das Gespenst des Kulturkampfes wieder aufmarschieren und ein rücksichtslos geübter Gewissenszwang durch die katholische Geistlichkeit, die besten Zentrumsagitatoren, treibt sie wieder unter die Zentrumsfahne. Wie lange noch?

Die **Liberalen** sind die politischen Vertreter des deutschen Bürgertums. In der Sturm- und Dranperiode des Bürgertums, als es im heftigen Kampfe stand gegen die sozialen Stände der feudalen Gesellschaft, gegen Adel, Geistlichkeit und absolutes Fürstentum, war eine hohe liberale Ideologie ihnen Wegweiser und Zielsetzer. Das idealisierte Weltbild der bürgerlichen Ordnung, das als Zukunftsideal dem Feudalstaat mit seiner Gebundenheit, seinen unerträglichen feudalen Lasten, seiner politischen Rechtlosigkeit des dritten Standes und seiner konfessionellen Unduldsamkeit gegenübergestellt wurde, hatte seine Formulierung in der klassischen Philosophie gefunden.

So forderte z. B. Immanuel Kant den „Rechtsstaat mit republikanischer Verfassung, in dem die Gleichheit aller Staatsbürger als Folge ihrer angeborenen Freiheit anerkannt werde." Durch den moralischen Fortschritt der Menschen sollte dies Ziel erreicht werden.

Fichte, der den „geschlossenen Handelsstaat" als das Staatsideal pries, entwickelte diesen Gedanken noch weiter, indem er just die Deutschen als berufen schilderte, einen „Vernunftstaat" zu schaffen, ein wahrhaftes Reich des Rechts, mit der vollen Freiheit des Bürgers; der Freiheit, die gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschengesicht trägt. Eine nationale Erziehung und Bildung aller sollte der Weg zu diesem Ziele sein.

Kein Wunder, daß diese Weltanschauung, die aus dem Elend und der Knechtschaft der Zeit in eine helle Zukunft wies, die bedrückten Massen mit hoher Begeisterung erfüllte, die ihren Ausdruck in den revolutionären Kämpfen des vorigen Jahrhunderts fand.

Als jedoch, dank dieser Kämpfe, die Macht des Adels und des absoluten Fürstentums gebrochen und das Bürgertum zur herrschenden oder

wenigstens zur mitherrschenden Klasse emporgehoben war, enthüllte sich der vielgepriesene „Idealstaat" als der kapitalistische Klassenstaat mit der schrankenlosen Ausbeutung der Arbeitskraft aller Habenichtse.

Dem mit der fortschreitenden kapitalistischen Entwickelung immer zahlreicher werdenden Proletariat konnte die liberale Ideologie nun also nichts mehr geben. Das Proletariat findet, nachdem es zur Erkenntnis seiner Daseinsbedingungen gekommen ist, die seinen Kämpfen und seinem Streben Ziel und Richtung gebende Ideologie im Sozialismus, in der sozialistischen Weltanschauung.

In Deutschland haben die revolutionären Kämpfe, die das Bürgertum zur herrschenden Macht emporhoben, reichlich ein halbes Jahrhundert nach der großen französischen Revolution ihren Abschluß gefunden. Diese hatte aber bereits den Gegensatz enthüllt, der zwischen Bourgeoisie und Proletariat besteht. Das Proletariat Frankreichs war nach der Revolution wiederholt mit selbständigen, seinem Klasseninteresse dienenden Forderungen hervorgetreten. Im Kommunistischen Manifest hatte Karl Marx der sozialistischen Weltanschauung klassischen Ausdruck gegeben und zur Verwirklichung des sozialistischen Ideals die Proletarier aller Länder zur Vereinigung aufgerufen.

Die Bourgeoisie sah also die junge Herrlichkeit ihrer Herrschaft bereits bedroht, bevor sie diese recht eigentlich angetreten.

Aus dieser Tatsache resultiert die politische Unentschlossenheit des deutschen Bürgertums, die es kennzeichnet, als es die politische Bühne betrat. Zu dieser Unentschlossenheit gesellte sich eine große politische Unfähigkeit, die nicht zuletzt ihre Ursache in der deutschen Kleinstaaterei findet. Dieser Unfähigkeit und Unentschlossenheit ist es geschuldet, daß das deutsche liberale Bürgertum seine politischen Ideale verriet, als es sie verwirklichen sollte.

Als nach der siegreichen Märzrevolution die politische Macht in seine Hand gegeben war, vernichtete es weder gründlich die Macht des Adels, noch jene des absoluten Königtums, noch viel weniger verwirklichte es die Einigung Deutschlands mit republikanischer Staatsform und die politische Gleichberechtigung der Staatsbürger.

Das liberale Bürgertum erschrak vielmehr vor seiner eigenen Macht, weil ihm die Angst vor dem Proletariat in den Gliedern saß. Statt die feudalen Mächte restlos zu brechen, machte es gemeinsame Sache mit ihnen. Lieber wollte es die politische Macht mit ihnen teilen, als durch weitergehende Liberalisierung des Staatslebens dem gefürchteten und verhaßten Proletariat größeren politischen Einfluß zu geben. Die Liberalen gaben um so leichteren Herzens ihre politischen Ideale preis, nachdem sie bereits vor der Märzrevolution eine ganze Reihe wirtschaftlicher Konzessionen erzielt hatten. Wir nennen hier nur die Schaffung des Zollvereins, die Anlage von Eisenbahnen und die Gewerbeordnung vom Jahre 1845.

Im Jahre 1861 schufen die Liberalen sich in der deutschen Fortschrittspartei eine Organisation und gaben sich ein politisches Programm. Beide jetzigen Richtungen, die National- und die Linksliberalen, sind hervorgegangen aus der Fortschrittspartei, die bekannt ist aus der Zeit des Militärkonflikts. 1867 splitterten 19 Mitglieder ab, die später unter der Führung Benningsens die **nationalliberale Partei** bildeten, die heutige Interessenvertretung der Großindustrie. Bei den Nationalliberalen ist vom Liberalismus lediglich der Name übrig geblieben. Ihre politische Laufbahn ist, soweit es sich um Bürger-

recht und Verfassungsfragen handelt, ein einziger würdeloser Rückzug, ein fortgesetztes Preisgeben und Verraten liberaler Grundsätze. Dafür haben sie auf wirtschaftspolitischem Gebiet während ihrer Blütezeit eine Konzession nach der anderen für — den Kapitalismus errungen und damit die Bahn für seine Entwickelung freigelegt. Die Interessen der Arbeiter haben sie dabei aber — „vergessen".

Die Nationalliberalen sind Gegner des Arbeiterschutzes, in dem sie eine Beeinträchtigung ihres Profitinteresses sehen. Aus ihren Reihen stammt der Ausspruch von der „weißen Salbe", wie sie die Einrichtung der Bergwerkskontrolleure nannten, die geschaffen sind, um die Betriebssicherheit zu erhöhen, die sie aber unwirksam zu machen verstanden. Sie sind — vor allem ihr scharfmacherischer Flügel — Gegner des Koalitionsrechtes. Der Ruf nach Streikbrecherschutz kommt aus ihren Reihen. 1899 kam von dem nationalliberalen Verband der Industriellen die berüchtigte 12 000 Mark-Spende an Posadowsky, die der Propaganda für die Zuchthausvorlage dienen sollte. Nationalliberale halfen das Sozialistengesetz schaffen und verlängern, sie redeten und stimmten auch für den Arbeitertrutz in der Reichsversicherungsordnung. Sie sind die Befürworter der Zoll- und Steuerpolitik, der Liebesgaben. Sie haben 1902 den Brot- und Fleischwucher schaffen helfen, 1906 die Finanzreform und 1909 waren sie keineswegs Gegner der 400 Millionen indirekter Steuern in der Finanzreform, sie wünschten nur, als Deckung gegenüber ihren Wählern, gleichzeitig ein Stück Erbschaftssteuer dazu. Sie treten für Militarismus, Marinismus, Weltpolitik ein. Sie sind keine Freunde des Reichstagswahlrechtes, sie haben bereits geholfen, es zu verschlechtern, indem sie die Legislaturperiode von 3 auf 5 Jahre verlängern halfen. Sie halfen in den Hansestädten und Sachsen das Landtagswahlrecht verbösern und in Preußen die Wahlrechtsreform verhindern.

Sie sind Gegner des Frauenwahlrechts. Diese Gegnerschaft wurzelt sowohl in dem sozialen Gegensatz zwischen Mann und Frau der bürgerlichen Klassen, in dem krassen Egoismus des Mannes, als auch, bei der wachsenden Macht der Sozialdemokratie, in der Furcht vor dieser, in dem Haß gegen sie. Die Liberalen sind sich wohl bewußt, daß die Einführung des Frauenwahlrechts die weitgehendste Demokratisierung des allgemeinen Wahlrechts bedeutet und, von den Proletariern gut ausgenutzt, eine Stärkung der Sozialdemokratie. Was das im Kampfe gegen die reaktionären Mächte stehende Bürgertum in den Revolutionsjahren unterließ, das durchzuführen haben die Liberalen, die längst ihren Frieden mit jenen Mächten schlossen, angesichts der Stärke und der politischen Reife der Sozialdemokratie weniger denn je Neigung. Das Emporblühen des Kapitalismus und die damit verbundene Verschärfung der Klassengegensätze bringt die Nationalliberalen in einen immer schärferen Gegensatz zu den liberalen Idealen; diese werden für sie, bei der rücksichtslosen Vertretung der Kapitalsinteressen, in immer höherem Maße ein lästiger, hemmender Ballast, den sie am liebsten ganz über Bord werfen. Dieser Stand der Dinge erklärt das schwankende, würdelose Verhalten der Nationalliberalen, das ihnen den Spottnamen „Fraktion Drehscheibe" eingetragen hat. Ein linksliberales Blatt taufte sie kürzlich „Die politische Schöne für jedermann".

Die Linksliberalen, die Vertreter des Mittel- und Kleinbürgertums, haben sich selbst bei der Schaffung ihres Einigungsprogramms nicht entschließen können, die Forderungen des politischen Frauenwahlrechts in dasselbe aufzunehmen. Dabei lassen sie sich die Unterstützung

der bürgerlichen Frauen bei den Wahlen gern gefallen und haben auch Frauen in ihrer Organisation. Bei dem preußischen Wahlrechtskampf haben sie sich für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf den preußischen Landtag ausgesprochen, aber in den Gemeinden haben sie ihren Einfluß benutzt, um das Gemeindewahlrecht zu verböjern. Liberale waren es, die den Jugendlichen-Paragraphen in das Vereinsgesetz hineinbrachten, die durch Abberufung einer Anzahl Abgeordneter die Mehrheit schaffen halfen bei der Verlängerung des Sozialistengesetzes. Vor Jahren kam es wegen Militärforderungen zur Spaltung unter ihnen, heute sind sie schon bei weitem militärfromm geworden. 1902 stimmten sie zwar nicht für den Brot- und Fleischwucher, aber ein Teil von ihnen fiel den Sozialdemokraten bei ihren Kämpfen dagegen in den Rücken. Nach ihrem Programm sind sie Freihändler, aber verschiedene ihrer Führer haben sich für die Zollpolitik ausgesprochen.

Bei der Reichsversicherungsordnung hat ein Teil die Hetze gegen die Krankenkassen mitgemacht, ein Teil ist für Mutter- und Säuglingsschutz und andere Reformforderungen eingetreten, zehn Abgeordnete haben gegen das Gesetz gestimmt, die anderen dafür oder sie haben sich enthalten. Bei der Wahl 1907 haben sie die Reaktion unterstützt, wo ein Konservativer oder Nationalliberaler mit der Sozialdemokratie in Stichwahl stand, bei verschiedenen Nachwahlen hat dagegen die Sozialdemokratie ihre Unterstützung gefunden. Ebenso bei den Hauptwahlen 1912. Ob es anhalten wird?

Die kleinen „nationalen" Gruppen: Dänen, Polen, Welfen und Elsaß-Lothringer sind Protestler gegen die erfolgte Annexion und gegen die brutalen Germanisierungsversuche. Sie stehen, außer den Dänen, dem Zentrum sehr nahe, stimmen meistens mit ihm, differieren höchstens in Militärfragen.

Die Wirtschaftliche Vereinigung vereinigt kleinbürgerliche und kleinbäuerliche Gruppen: Antisemiten, Bayerischer Bauernbund, Christlich-Soziale. Da sie Welt und Leben nur durch die Brille ihrer kleinbürgerlichen Interessen sehen, sind sie namentlich in wirtschaftspolitischer Beziehung rückständig, was sie mittelständlerische Interessenvertretung nennen.

Die **Sozialdemokratie** ist die politische Vertretung des klassenbewußten Proletariats. Sie vertritt nicht nur ein politisches Programm, sondern eine Weltanschauung, die sozialistische, die sich auf die Ergebnisse der Wissenschaft, besonders der Gesellschaftswissenschaft stützt.

Die sozialistische Ideologie weist der unterdrückten und ausgebeuteten Arbeiterklasse einen Ausweg, der aus dem Elend und der Not der kapitalistischen Wirtschaft hinaus und hinaufführt in das Land der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, hinein in die sozialistische Gesellschaftsordnung.

Die von ihren Vorkämpfern entdeckten sozialen Entwickelungsgesetze und treibenden Kräfte geben der Sozialdemokratie die Gewißheit, daß die wirtschaftliche Entwickelung sich in der Richtung zu ihrem Ziel: der sozialistischen Gesellschaft, bewegt; diese hat zur Voraussetzung die Ueberführung der Produktionsmittel — des Grund und Bodens, der Bergwerke, der Fabriken — aus dem Privatbesitz weniger in das Allgemeingut der Gesellschaft. Die Sozialdemokratie weiß, daß mit dieser Umwälzung die Arbeit von der Ausbeutung befreit, die ausgebeuteten Menschen aus Not und Abhängigkeit erlöst werden und damit erst die Möglichkeit einer freien Entfaltung und Betätigung ihrer Persönlichkeit auf allen Gebieten gegeben ist. Erklärlich genug: Solange

die Mittel der Gütererzeugung sich in den Händen verhältnismäßig weniger befinden, dienen sie zur steigenden Bereicherung der Besitzenden, wohingegen die Arbeitenden, die nur einen Teil vom Ertrag ihrer fleißigen Arbeit bekommen, stets arm und deshalb unfrei und geknechtet bleiben. Ganz anders jedoch, wenn die Mittel der Gütererzeugung Gemeingut sind, wenn alle Glieder der Gesellschaft, ausgerüstet mit den bestentwickelten Produktionsmitteln, arbeiten, um die Bedürfnisse der Gesamtheit zu befriedigen; um allen reichlich Nahrung und Kleidung, aber auch allen wissenschaftliche Erkenntnis und höchsten Kunstgenuß zugänglich zu machen. Um dies Ziel zu erreichen, ruft die Sozialdemokratie alle Abhängigen und Ausgebeuteten, die als Klasse durch ihr gemeinsames Los ein gemeinsames Interesse haben, unter ihre Fahne, organisiert sie und gibt ihrem Kampf gegen den Kapitalismus Richtung und Ziel. Ihrer praktischen Wirksamkeit ist also eine doppelte Aufgabe gestellt: Sie muß die Arbeiterklasse sammeln und schulen, muß sie das Wesen und die Entwickelungstendenzen des Kapitalismus lehren, um durch diese Erkenntnis in ihnen die Kraft des Wollens zu erzeugen, durch den Klassenkampf die Träger und Förderer dieser Entwickelung zu werden; sie muß aber gleichzeitig durch den Klassenkampf für die arbeitenden Massen an Reformen und Rechten zu erobern suchen, was geeignet ist, ihre materielle und geistige Existenz zu heben und sie gleichzeitig zu befähigen, Schritt um Schritt ihrem Ziele, der Eroberung der politischen Macht und der Verwirklichung des demokratischen Sozialismus näher zu kommen. Aus dem Gesagten ergibt sich die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu allen wichtigen Fragen des wirtschaftlichen und politischen Lebens, vom Arbeiterschutz bis zum Staatsbürgerrecht, dem Wahlrecht, das sie für alle Staatsbürger auf breitester demokratischer Grundlage reklamiert, von der Steuerpolitik bis zur Weltpolitik, wie wir sie in den vorhergehenden Kapiteln im sozialistischen Sinne besprochen haben; es ergibt sich daraus auch ihre Stellung zur Frauenfrage: Ihre geschichtliche Erkenntnis läßt sie die Frauenerwerbsarbeit und ihr fortgesetztes Wachsen als Ergebnis der wirtschaftlichen Entwickelung und damit als historischen Fortschritt bewerten, so viel üble Begleiterscheinungen ihr auch durch die kapitalistische Ausbeutung anhaften; sie weiß, diese üblen Begleiterscheinungen verschwinden, wenn die Arbeit frei, wenn der Sozialismus verwirklicht ist.

Die Sozialdemokraten heischen deshalb kein Verbot der Frauenerwerbsarbeit, sondern eine Einschränkung der Ausbeutung und Ausrüstung der Frauen mit politischen Rechten. Die Frauen, die heute noch arm und entrechtet, voll Mühsal und Sorge, sollen neben ihren Klassen und Schicksalsgenossen den großen Kampf für die Befreiung der Menschheit kämpfen und dem Klassenkampf mächtige und neue Impulse geben, die Siegessicherheit der Kämpfenden erhöhen und ihr kraftvolles Wollen anfeuern.

Die Sozialdemokratie, die in ihrem Programm die Gleichstellung der Frau auf allen Gebieten des privaten, des öffentlichen und des politischen Rechts fordert, die seit je für die Erfüllung dieser Forderung in den Parlamenten und draußen im Volke gekämpft hat, sie ist dieser konsequente Vorkämpfer geworden, dank ihrer geschichtlichen Einsicht und einem stark entwickelten Gerechtigkeitssinn; das Interesse der ausgebeuteten Massen bedingt es, daß sie es künftig mehr denn je sein wird. Die Sozialdemokratie grüßt die Frauen als die willkommenen Kampfgenossen. Wo immer ihre Fahnen entfaltet werden, wird auch um Frauenrechte und Frauenschutz gekämpft.

Die Pflichten der Frau im politischen Kampf.

Dem Mann, der Wehr und Waffen für den politischen Kampf besitzt, seine politischen Pflichten klarzumachen, ist nicht schwer. Der Besitz des Wahlrechtes gibt ihm die Möglichkeit größerer politischer Aktivität und weckt und belebt damit sein politisches Interesse. Das Bewußtsein, durch die Ausübung des Wahlrechts einen Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung auszuüben, schärft sein Verantwortlichkeitsgefühl, spornt sein Streben nach Erweiterung und Vertiefung seiner politischen Kenntnisse, und die Werbearbeit der politischen Parteien zwingt ihn vollends, sich um Politik zu kümmern. Am Wahltage soll er sich entscheiden, welcher politischen Partei er die Vertretung seiner Interessen anvertrauen will. Da muß er, um das zu können, Wesen und Ziele dieser Parteien kennen, er muß ihre Stellungnahme zu den wichtigen politischen Fragen verfolgen, er muß selbst diese Fragen kennen und sie beurteilen können. Er braucht auch kein langes Besinnen, nachdem er einen politischen Standpunkt gewonnen, um zu erkennen, daß er sich mit seinen Gesinnungsgenossen zusammenfinden muß, um in gemeinsamer Organisation die Kräfte zu konzentrieren, um von hier die Werbearbeit für seine politischen Anschauungen und die Vorbereitungsarbeiten für die Wahlen und alle politischen Aktionen zu vollbringen.

Das Wahlrecht ist eben ein vorzügliches Mittel zur politischen Schulung und Sammlung der Massen.

Da das Wahlrecht den Frauen fehlt, ist ihre politische Sammlung und Schulung schon viel schwerer. Und doch ist sie nicht weniger wichtig als jene des Mannes. Es ist ganz falsch, den Erfolg der politischen Agitation, den Fortschritt der politischen Erkenntnis der arbeitenden Massen, den Grad ihrer politischen Macht lediglich an der Zahl der Mandate der Partei messen zu wollen. Wichtiger als die Zahl der Mandate ist die Zahl der abgegebenen Stimmen und wichtiger als diese ist die Gesamtzahl der Anhänger, Männer und Frauen, die vereint durch das Band gemeinsamer Gesinnung, in einheitlicher Organisation, hinter den Abgeordneten stehen. Politisch rechtlos, heißt deshalb keineswegs politisch machtlos sein. Eingereiht in die politischen Organisationen, in den sozialdemokratischen Verein, sind die Frauen ein vollgültiges Glied in der großen Kette der Klassenkämpfer und vermögen sie — außer bei der Wahl — ebenso wie der Mann, in mancher Beziehung besser wie er, den politischen Kampf zu fördern, politische Siege vorbereiten zu helfen.

Ist es eine soziale Lebensnotwendigkeit für die Frau, sich um Politik zu kümmern, einen Einfluß auf sie zu gewinnen, wie wir in den vorhergehenden Kapiteln nachgewiesen haben, so ist natürlich ihre erste Aufgabe, sich selbst zu bilden, sich politisches Wissen anzueignen. Das ist gewiß keine leichte Aufgabe für die proletarische Frau. Als Kind mußte sie sich begnügen mit den Brocken der Bildung, die von der Reichen Tische fielen. Ja schlimmer noch. Ihr junger, empfänglicher Geist ward durch den kirchlichen und patriotischen Drill der Volksschule mit einem vielverschlungenen Gestrüpp falscher Anschauungen umstrickt, das ihr den offenen Blick für die Orientierung über Welt und Leben, über Natur- und Gesellschaftsentwickelung trübte. Als junges Mädchen nahm schon die Brotfron ihre beste Zeit und Kraft in Anspruch und belehrende

Bücher, Zeitschriften oder gar eine Anleitung zur Selbstbelehrung fehlte. Als Frau wird sie in den Karren der Erwerbsarbeit gespannt und ihr gleichzeitig das Tausenderlei der Hausfrauen- und Mutterpflichten auf die Schultern geladen, so, daß ein außergewöhnlicher Fleiß, eine große Tüchtigkeit und die Selbstlosigkeit einer Heldin dazu gehört, standzuhalten. Und doch ist es gerade die Erwerbsarbeit, die sie vorbereitet, die sie empfänglich macht, sie gewissermaßen prädestiniert für den politischen Kampf. Die Schule des praktischen Lebens läßt sie manches schnell, im Fluge begreifen oder mindestens instinktiv erfassen, wozu sie sonst angestrengter Studien bedurft hätte. Die Versammlungen, die öffentlichen Vorträge, die Tageszeitung, periodisch verbreitete Flugschriften, alles wendet sich auch an die Frauen, ihr politisches Interesse zu wecken, ihr politisches Verstehen zu fördern. Und die Frauen, sie müssen für den Versammlungsbesuch, für das Lesen der Zeitungs-, Flugblatt- oder Broschürenliteratur sich Zeit nehmen. Ihr persönliches, ihr Familien- und ihr Klasseninteresse erfordert es. Die Beschäftigung mit Politik, das Erfassen all der Zusammenhänge des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehens, die Erkenntnis, aus all der Misere der Gegenwart gibt es einen Ausweg in eine helle, lichtvolle Zukunft, der Kampf um ein besseres Heute und um ein glücklicheres Morgen, sie bewahren die Frau vor dem müden Ergeben, dem stumpfen, hoffnungslosen Versinken in dem Elend des Alltags, sie erhalten ihren Geist frisch und lebendig, sie wecken und entwickeln schlummernde Kräfte der Seele und des Geistes und erheben sie weit über die Kleinlichkeiten des täglichen Lebens. Sie machen aus dem demütigen, verschüchterten Hausmütterchen, aus der stumpfen, gleichgültigen Lohnsklavin die hellsichtige, warmherzige und tapfere Klassenkämpferin. Wäre das allein nicht schon Gewinn genug, um mit ganzer Seele die Teilnahme aller Proletarierinnen am politischen Kampf zu wünschen und alles zu tun, um sie herbeizuführen? O, gewiß!

Doch nicht nur im Interesse ihrer Persönlichkeitsentwickelung, sondern vor allem auch im Interesse unseres Klassenkampfes und unseres Endzieles ist die politische Kampfesteilnahme der Frau notwendig und unentbehrlich. Deshalb muß sie auch, sobald sie sich zur sozialdemokratischen Anschauung durchgerungen hat, in die politische Organisation, in den sozialdemokratischen Verein ihres Kreises eintreten.

Schüchternheit, Mangel an Selbstgefühl und eine ganz falsch angebrachte Sparsamkeit halten immer noch eine ganze Anzahl Frauen unserer Parteiorganisation fern, die mit ihrem Gefühl und ihrer Ueberzeugung längst zu uns gehören. Das darf nicht sein. Es ist keine zu gering, ihre Kraft in den Dienst der großen Sache der Menschheitsbefreiung zu stellen. Im Gegenteil. Wo die eine fehlt, die da meint, „auf die käme es nicht an", — dieses böse geflügelte Wort tausend und abertausend Gedankenloser! — da ist eine Lücke in dem großen einheitlichen Bau unserer Organisation. Es gibt so viele verschieden geartete Aufgaben in der Organisation und für sie zu erfüllen, daß für alle Arbeit vorhanden ist. Keine können wir entbehren. Keine darf aber auch die geringen materiellen Opfer scheuen, die die Organisation ihr auferlegt. Wie töricht, vor diesen Opfern zurückzuschrecken! Gewiß, vom Ueberfluß gibt wohl keine, was sie an Beiträgen zu zahlen hat. Aber wo wäre unsere große, achtunggebietende Bewegung? Wie sähe es um die Interessen der Arbeiter und besonders der Frauen aus, wenn nicht

so viele schon Jahre und Jahrzehnte geopfert hätten? Wie sollte unser Befreiungskampf vorwärtsschreiten und unser endgültiger Sieg errungen werden, wenn alle so dächten wie jene Selbstsüchtigen, die um ein paar Pfennige willen sich abseits stellen vom Kampfe? Wie verächtlich diejenigen Frauen, die mit verschränkten Armen den heißentbrannten politischen Kämpfen zusehen, während ihre Schwestern ihre ganze Persönlichkeit einsetzen, Familienleben, Gesundheit und Freiheit drangeben, um den Interessen der Gesamtheit zu dienen!

Welch hohe Befriedigung gewährt dagegen das Bewußtsein treuer Pflichterfüllung jenen, die sich frühzeitig in die politischen Kampfesreihen stellten und darin ausharrten. Die in den Organisationen als Mitratende und Mittatende in treuer Waffenbrüderschaft den Genossen zur Seite standen. Mit welchem Interesse wird von ihnen den theoretischen Auseinandersetzungen in den Vereinsversammlungen oder in den Frauenlese- und Diskutierabenden gelauscht und sich daran beteiligt. Wie fühlen sich diese pflichttreuen Frauen als gleichberechtigte, aber auch gleichverpflichtete Mitglieder der großen Kampfesgemeinschaft der Partei. Wie greifen sie wacker zu, wenn es heißt: Flugblätter, Handzettel oder Kalender zu verbreiten, wenn es gilt, die verschiedensten Verwaltungsarbeiten auszuführen, den Kassierer, den Bezirksführer zu machen oder wenn es gilt, in den Propagandaversammlungen von Tisch zu Tisch zu gehen und die Unorganisierten zum Eintritt in die Partei zu ermuntern, Abonnenten der örtlichen Parteipresse oder der sozialdemokratischen Frauenzeitung, der „Gleichheit" zu werben. Und welche Freude, welcher Jubel, wenn eine stattliche Zahl neuer Mitkämpfer gewonnen ward. Welch glänzende Erfolge haben ferner gerade Frauen bei der Hausagitation erzielt. Vielleicht ist es die spezifisch weibliche Art, die nicht nur an den Verstand, sondern auch an das Gefühl appelliert, die deshalb mit fortreißt, die zu schnellerer Entschließung führt. Wie mancher Genosse, wie manche Genossin ist ferner gewonnen durch die mündliche Propaganda, die Frauen entfalteten an der Arbeitsstätte, auf dem Wege zur und von der Arbeit, im Familien- und Freundeskreise, bei festlichen Veranstaltungen und wo immer die Gelegenheit sich bot. Es ist eben eine mannigfache Möglichkeit der Agitation gegeben, sei es von der Tribüne in der Versammlung, sei es still im kleinen Kreise, sei es schriftlich oder mündlich, daß alle zur Verfügung stehenden Kräfte Verwendung finden, auch wenn wir noch viel mehr hätten als es der Fall ist. Denn die Zahl der uns noch Fernstehenden ist gar groß, und wir müssen sie doch alle gewinnen: die da schaffen in den lärmerfüllten Sälen der Fabriken, in den mit Staub und giftigen Gasen geschwängerten Arbeitsräumen, die als Heimarbeiterinnen in den licht- und luftarmen Wohnungen tausendfältige Waren erzeugen, die in Kontor und Laden sich mühen oder die als Landarbeiterinnen im Sonnenbrand und Regenschauern dem Boden die leben- und kraftspendende Nahrung abringen, die als Hausmütterchen den Aschenputtel der Familie machen oder die als Proletarierinnen der Kopfarbeit „mit Schädel und Hirn hungernd pflügen".

Denn alle die Fernstehenden fehlen uns nicht nur als Kampfesgenossinnen, sie sind vielmehr in ihrer Unwissenheit unsere schlimmsten Gegner. Unter ihrem Schutze gedeiht die Schundliteratur, die die Phantasie vergiftet und den Geist stumpf macht. Sie und ihre Familien lesen die „parteilosen" Blätter, die den politischen Blick trüben, die „politische Brunnenvergiftung" treiben. Oder von ihnen werden gar

Blätter bürgerlicher Parteien abonniert und gelesen, die ihnen Anschauungen vermitteln, durch die das Klassenbewußtsein getrübt und eingeschläfert wird, die sie lehren, gegen ihre eigenen Interessen zu handeln, indem sie den Streikbruch, die Knechtseligkeit, die politische Indolenz als Tugenden der „besonnenen", „braven" Arbeiter preisen und die Solidarität, das Selbstbewußtsein und den Klassenkampf verunglimpfen. Die politisch klarsehende Frau weiß dagegen, daß unsere sozialdemokratischen Parteizeitungen unser wirksamstes Propagandamittel und unsere beste, schärfste Waffe im wirtschaftlichen und politischen Kampfe sind. Sie wird sie nicht nur selbst lesen, sondern für ihre Verbreitung eifrigst agitieren, sie wird keine Schundliteratur und keine gegnerischen Blätter im Hause dulden, denn sie gehört nicht zu denen, die sich selbst die Rute binden, mit der sie gezüchtigt werden.

Und weiter: die politisch indifferenten Frauen, die Ziel und Zweck des Klassenkampfes nicht kennen, sie werden ihrem politisch aufgeweckten und tätigen Manne oft das Leben zur Hölle machen, weil sie seinem Streben und seinem Tun verständnislos gegenüberstehen, weil sie in ihrer Unwissenheit von ihm Handlungen oder Unterlassungen verlangen, die einen bösen, schimpflichen Verrat an seinen Kameraden, an der Bewegung bedeuten würden. Und schon mancher Kämpfer hat müde und mutlos die Waffen gestreckt, weil er dem quälenden und verbitternden Kleinkrieg im eigenen Heim nicht gewachsen war.

Wie ganz anders die politisch wirkende und tätige Frau, die als Kampfesgenossin dem Manne zur Seite steht, die sein Streben, seine Begeisterung teilt, die für die Verwirklichung der gleichen Ideale kämpft, wie wird sie den Mann zu neuer Tätigkeit spornen, wie wird sie seinen Eifer, seine Tatkraft anfeuern und im edlen Wettbewerb das beste im Dienste der Bewegung zu leisten sich bemühen. Wie wird sich im täglichen Gedankenaustausch ihr beiderseitiges politisches Verständnis vertiefen und ihr kraftvolles Wollen befestigen. Wie wird die zielklare warmherzige Sozialistin durch ihr ganzes Tun ein Beispiel unermüdlichen Opfermutes, tatkräftiger Begeisterung, nieversagender Solidarität geben und damit gleichzeitig jene Atmosphäre im Hause schaffen, in der auch *die Kinder* vom Gemeinsamkeitsgedanken schon gleichsam eingesponnen werden und mit der Luft, die sie einatmen, das Gefühl der Solidarität in sich aufnehmen. In Herz und Geist ihrer Kinder vermögen die Mütter die Keime aller Entwickelung zu pflanzen. Ein Geschlecht von Sklaven mit verächtlicher, knechtischer Gesinnung wächst empor, wo die Mutter unfrei und knechtselig. Freie, starke, aufrechte Menschen mit weitem Blick, mutigem Geist und warmem Herzen werden heranwachsen, wenn sie starke, selbständige, kluge und liebevolle Mütter ihr eigen nennen. Solche Mütter werden stolz und beglückt uns ihre Kinder zuführen: die jugendkräftigen Träger der Zukunft.

Die selbstloseste Hingabe, die größte Kraftentfaltung aber wird von der „politischen Frau" verlangt im **Wahlkampf.** Hat sie in politisch ruhigen Zeiten die Pflicht, ihre Kraft in den Dienst der Agitation zu stellen, so in politisch erregten Zeiten des Wahlkampfes erst recht. Hat das „Wahlfieber" die Massen erfaßt, so sind gleichsam ihre Sinne geschärft, ihr Geist aufnahmefähiger. Geist und Herz der Massen gleichen einem frischgepflügten und geeggten Felde, das willig den Samen politischer Erkenntnis aufnimmt. Und diese Zeit gilt es zu nutzen. Kein Tag, keine Stunde darf vergehen, die nicht benutzt werden, die Wichtig-

keit, die Bedeutung der Wahl, die politischen Tagesfragen, die Ziele der Sozialdemokratie zu besprechen, wo immer die Gelegenheit dazu vorhanden.

Beim Flugblattverbreiten, bei der Stimmzettelverteilung, bei den Arbeiten im Wahlbureau brauchen wir Kräfte. Am Tage der Wahl gilt es, die säumigen Wähler an ihre Wahlpflicht zu mahnen. Mancher Leichtfuß, mancher Gedankenlose und Gleichgültige ist am Wahltage von Frauen zur Pflichterfüllung gebracht, nachdem Männer vergeblich dazu gemahnt; vor der Frau, der politisch Rechtlosen, schämten sich diese unsicheren Kantonisten.

Freilich, manchem Spott der Dummen und Gedankenlosen, manchem Hohn der Philister gilt es dabei standzuhalten, manche Beschimpfung Böswilliger über sich ergehen lassen, viele Strapazen aushalten; aber in dieser Zeit muß auch die letzte ihre Schüchternheit, ihren inneren Widerstand überwinden und furchtlos und stolz ausführen, was sie als recht erkannt und als ihre Pflicht empfindet. Der Zorn über ihre Rechtlosigkeit, die Empörung über all das erlittene Unrecht, über die Volksauswucherung und Knebelung der Massen wird ihr die Kraft des Wollens und des Vollbringens verleihen.

Verächtlich die pflichtvergessene Mutter, die faule und feige Hausfrau, die gleichgültige Arbeiterin, die durch ihre Teilnahmslosigkeit beim Wahlkampf die Gelegenheit versäumen, im Interesse ihrer Familie und ihrer Klasse zu wirken.

Ein Bravo! der tapferen, unerschrockenen Klassenkämpferin, die durch treue Pflichterfüllung, durch begeisterte und begeisternde Teilnahme am Wahlkampf eine gründliche Abrechnung mit den Feinden des Volkes, einen glänzenden Sieg der Sozialdemokratie vorbereiten hilft. Jubelnd, und mit dem beglückenden Bewußtsein: darin verkörpert sich auch meine Arbeit, wird sie am Wahlabend die Siegesnachrichten aus Süd und Nord, aus Ost und West mit entgegennehmen.

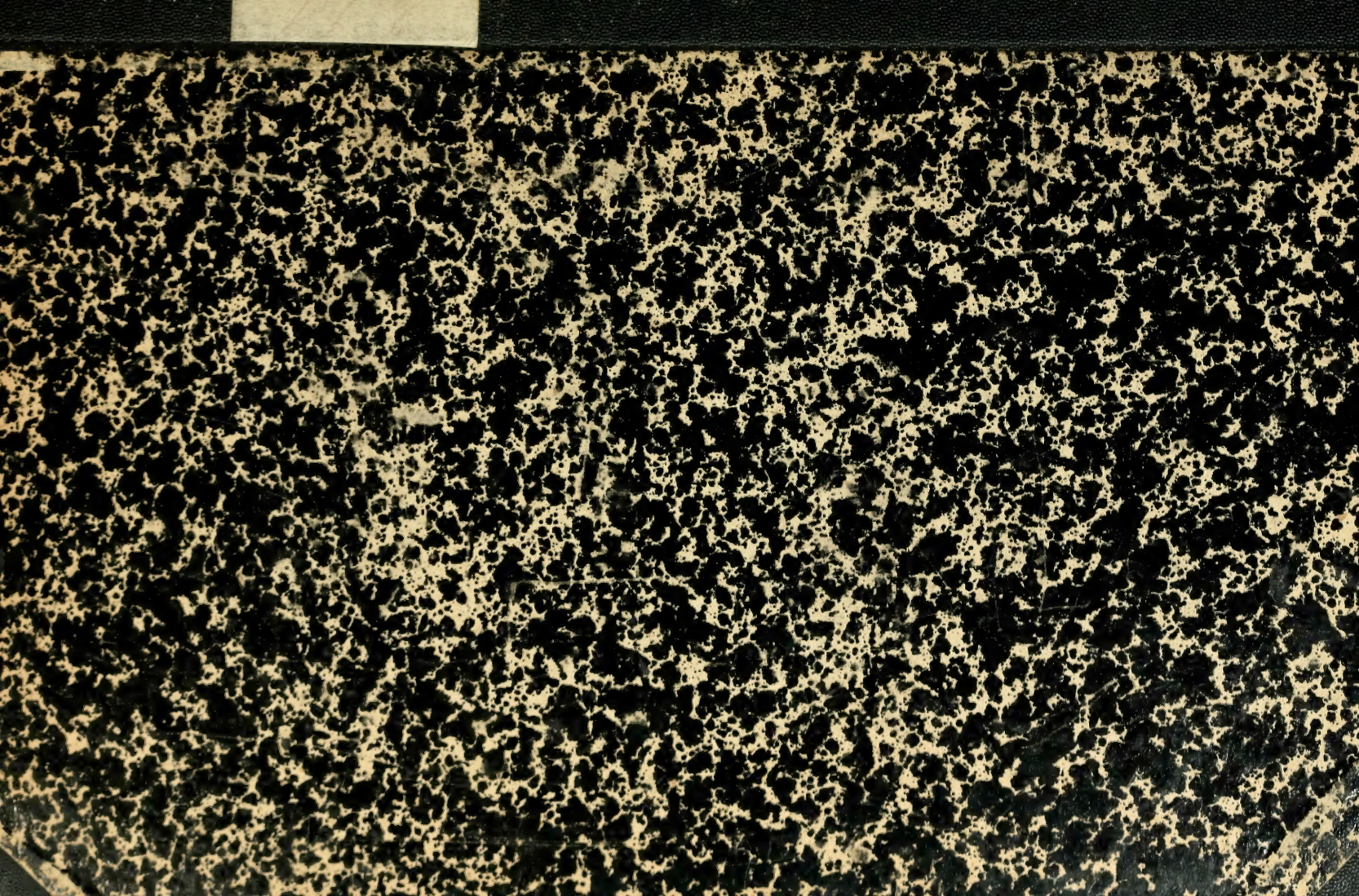
Die klare Erkenntnis: Die Ueberwindung des Kapitalismus, sie ist sicher, wenn die Revolutionierung der Köpfe standhält mit der riesenhaft fortschreitenden wirtschaftlichen Umwälzung, läßt sie aber in unserem Stimmenzuwachs und in der Zahl der eroberten Mandate nicht nur einen glänzenden Wahlsieg bejubeln, sie sieht darin vielmehr gleichzeitig ein rüstiges Fortschreiten auf der Bahn, die zu den sonnigen Höhen des Sozialismus führt.

Die Frauen, sie grüßen in ihm den Menschheitsbefreier. Sie kämpfen für seine Verwirklichung. Leidenschaftlich! der Wunden nicht achtend, die der Kampf ihnen schlägt. Er allein wird ihnen ein freies Menschentum bringen!

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

HQ
1236
Z5
1912

Zietz, Louise
Die Frauen und der
politische Kampf